

Sie haben jetzt die Ausgabe 21 der Dithmarscher Arbeitslosenszeitung vor sich

Information macht stark. So eine Arbeitslosenszeitung existiert solange, wie die Herrschenden sie dulden können. Verwunderlich, dass sich bisher niemand gestört gefühlt hat. Es wird toleriert. Das ist gut so und ich danke allen, die daran beteiligt waren und Infos beigetragen haben - seit dem 18.10.2004. Weiter so, denn mit viel Hilfe erscheint sie immer wieder. Und auf zur Demo am 21.10. "Schluss mit den Reformen gegen uns." [NEXT >](#) und DGB- Aufruf [NEXT >](#)

Auch diese Ausgabe sieht die Ereignisse der letzten Wochen aus der Perspektive der armen Menschen. Die Globalisierung zeigt sich zur Zeit bei der Behandlung von Erntehelfern am Brutalsten. [NEXT >](#) Daniela Dahn thematisiert den im wachsendem Tempo fortschreitenden Sozialabbau, die daraus erwachsende Bereicherung einer schmalen Oberschicht, sowie die schleichende Aushöhlung demokratischer Grundrechte am 26.9. in der Erheiterung in Meldorf. [NEXT >](#)

Seit dem 20.9. befinden wir uns im Krieg. Eben hat der Bundestag zugestimmt, nachdem schon bei Vorabstimmungen in den Fraktionen eine eindeutige Mehrheit zu erwarten war. Bereits der 10. Militäreinsatz seit bestehen der Bundeswehr führt die Welt immer weiter an den Rand des Abgrunds. Aber die Unsicherheit wächst. Ist "Dienen" noch zeitgemäß? fragt sich die CDU in Dithmarschen. [NEXT >](#) In atemberaubenden Tempo hat sich im letzten Jahrzehnt ein dramatischer Wandel der deutschen Militär- und Sicherheitspolitik vollzogen. Die Deutsche Marine feiert. Wir feiern nicht. Die Kieler führen einen Antimilitaristischen Tag durch. [NEXT >](#)

Unbekannte hatten nächtens in Brunsbüttel an dem Kunststoffrahmen eines Fensters eine Gasflasche mit brennbarer Flüssigkeit angebracht und angezündet. [NEXT >](#) Brandanschlag am autonomen Wohnprojekt HC159 Hafermarkt in Flensburg verübt. Die Täter schleuderten zwei bis drei Molotow-Cocktails gegen 3 auf dem Parkplatz neben dem Gebäude an der Heinrichstrasse stehende Wagen. [NEXT >](#) Veranstaltungen des Vereins der Verfolgten des Nazi- Regimes - Bund der Antifaschisten VVN/BdA [NEXT >](#)

Besser spät als garnicht. Der Treffpunkt für Migrantinnen und Migranten lädt am 29.9. zu einem Fest ein. [NEXT >](#) Anschließend liest Ulla Lachauer aus ihrem Buch "Ritas Leute" über Russlanddeutsche. [NEXT >](#) Wie ist es möglich, dass ein Mensch auf einem Polizeirevier verbrennt und die Todesumstände seit bald 20 Monaten ungeklärt bleiben? Das fragte die *INITIATIVE IN GEDENKEN AN OURY JALLOH* auf einem AKTIONSTAG in Berlin. [NEXT >](#) Demonstration am transnationalen MigrationsAktionsTag 7.10.06 im Hamburg [NEXT >](#)



Dirk Heyden. Ein neuer Direktor.

Nach Wochen der Aufdeckung des Bayer Genskandals werden immer weitere Funde von Genreis und anderen Getreidearten gemacht. Eine Lawine ist los. Was bedeutet das für unsere Zukunft? Coordination gegen BAYER-Gefahren fordert: 'EU darf keine Import- Genehmigung für Gen-Reis von BAYER erteilen'. [NEXT >](#)

Und noch eine zwei Veranstaltungen. Die Patriotische Gesellschaft von 1765 lädt zu ihrem Geldgespräch: "Die Schuldenfalle - Tiefere Ursachen und mögliche Auswege" und in Thomas Ebermanns Politbuero Vers- und Kaderschmiede gibt es ein "Ein Fest für Boris Vian" [NEXT >](#)

Einen breiten Raum füllt diesmal der Schwerpunkt AKWs aus. Gegner blockierten symbolisch in Brunsbüttel. Und auf zwei Seiten werden die Ursachen und Auswirkungen des schwedischen Reaktorunglücks behandelt. [NEXT >](#)

Das müsste es hier auch geben: das Thüringer Anti-G8 Plenum organisiert eine Veranstaltungsreihe zu G8, Flucht und Migration. "Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört." Erster Aufruf zu einer Großaktion unter dem Motto "Für globale Bewegungsfreiheit" und "Gleiche Rechte für Alle" ("freedom of movement" and "equal rights") vom NoLager-Netzwerk. [NEXT >](#) G8MyPlanet. Die Herrscher der Welt sind nicht mehr unter sich. Eine riesige G8-Gegnerinnen- Bewegung hat sich gebildet. Noch werden sie geschlagen. Abr sie machen

Werbung. [Film ab](#)

Das Thüringer Anti-G8 Plenum organisiert eine Veranstaltungsreihe zu G8, Flucht und Migration vom 21. September bis zum 7. Oktober 2006. [NEXT >](#)

Er zeichnete damals auch Stammbäume, die sehr gefragt waren, denn daraus ließ sich die reinrassige Abstammung ableiten. Ein Kulturnazi und "prominenter Sohn der gemeinde Pahlen" erhält wieder Ehrung ganz ohne Not. [NEXT >](#) Kai Dohnke bespricht seine Rolle im Buch "KuNST ohne Museum". Auch in Marne gibt es Hans Groß- Anhänger. Und Volker Arnold, Museumsleiter a.D. zählt ihn zu den 'Großen' nicht mehr lebenden Dithmarschern. [NEXT >](#) Seine Kinder Frauke und Volker Groß, bzw. Jens Rusch und E. Mrugalla streiten sich um das Erbe des Regionalfaschisten. [NEXT >](#)

Drei weitere Stolpersteine in Heide - Einladung zur Verlegung am 10. Oktober 2006

Ablauf: 15.00 Uhr: Wulf-Isebrand-Platz 1-3 (Eingang Dithmarscher Landeszeitung)

Ca. 17.00 Uhr: Veranstaltung in der Aula (?) der Klaus-Groth-Schule

V.i.S.d.P.: *Arbeitskreis Widerstand und Verfolgung im nationalsozialistischen Dithmarschen* Weitere Infos im Internet:

HYPERLINK "http://www.stolpersteine-heide.tk"

Treffen des Arbeitskreises: jeden 1. Dienstag im Monat um 20.00 Uhr im Gemeindehaus St. Jürgen in Heide



Die Globalisierung zeigt sich an der Westküste am brutalsten.

"Wir brauchen eine gute Mischung zwischen bewährten ausländischen Erntehelfern und Einheimischen."

Erntehelfer Thiessen

Unverschnörkelter kann man Rassismus und Sklavendenken wohl nicht ausdrücken. Der SPD-Abgeordnete Jörn Thiessen empfahl das im Rahmen seiner Betriebspraktika in landwirtschaftlichen Betrieben. Er hält es auch für zumutbar für jemanden, der nicht jeden Tag unter körperlicher Belastung arbeiten müsse. Damit erhöht er den Druck auf die Arbeitslosen an der Westküste höchstpersönlich. Keine Überraschung für ein Mitglied in der Partei, die verantwortlich ist für Harz IV. Ich rufe alle Abgeordneten auf, diesem Beispiel zu folgen und als Erntehelfer zu arbeiten, aber nicht nur eine Woche. Dann tun sie auch mal was Sinnvolles.

Mit scharfer Klinge über Dithmarschens Kohlfelder

Für deutsche Erntehelfer beginnt langsam die harte Saison

Dithmarschen (ti) In den kommenden Wochen stehen zahlreiche Männer mit Gummistiefeln das erste Mal in ihrem Leben auf einem Kohlfeld. Mit einem scharfen Messer bewaffnet schlagen sie sich durch die scheinbar endlosen Gemüsereihen. Es sind deutsche Erntehelfer - von der Agentur für Arbeit vermittelt.

60 Arbeiter sind seit April von der Heider Agentur an die Landwirte vermittelt worden. Aus einem auf Eignung geprüften Bewerberpool kann momentan noch auf 89 Erntehelfer zurückgegriffen werden. Nachfrage besteht. Zehn freie Stellen waren gestern der Agentur gemeldet. Der Bedarf wird steigen, denn „die Kohlernte läuft jetzt erst langsam an“, erzählt Karl-Albert Brandt vom Dithmarscher Gemüsebauernverband. Haupterntezeit ist im Oktober.

Harte Arbeit: Kohlkopf für Kohlkopf ernten diese polnischen Aushilfskräfte auf dem Feld von Henning Thießen in Christianskoog. Foto: Tiessen

5,91 € brutto

Dithmarscher Kohl-Bauern haben im vergangenen Jahr rund 2100 Saison- Arbeiter beschäftigt - vorwiegend Polen. Für dieses Jahr hat die Bundesregierung gefordert, 10 bis 20 Prozent der Erntehelfer mit Langzeitarbeitslosen zu besetzen. Die Heider Arbeitsagentur setzt jedoch auf Belohnung statt auf Zwang. Die Motivationsidee:

Neben ihrem Tariflohn von 5,91 Euro brutto pro Stunde zahlt die Agentur 200 Euro monatlich dazu. Deutsche Erntehelfer, die bis zum Ende der vereinbarten Beschäftigungsdauer durchhalten, bekommen außerdem eine „Treueprämie“ von weiteren 200 Euro für jeden Monat auf dem Kohlfeld.



In den nächsten Wochen wird sich zeigen, ob die Idee erfolgreich ist. „Die richtige Belastungsprobe kommt ja erst noch“, sagt Brandt. Bisher seien die Rückmeldungen positiv, heißt es. Auf dem Hof von Gemüsebauer Christian Ufen in Kronprinzenkoog läuft alles nach Plan. Seit Mitte April arbeitet Marko Osnabrügge (25) auf Ufens Kohlfeldern. Inzwischen arbeiten bei Ufen noch zwei weitere deutsche Erntehelfer, und in der nächsten Woche kommt der Vierte hinzu.

Seine „Erfahrungen mit den Deutschen sind positiv, mit ihnen bin ich viel flexibler“, erklärt Ufen. Er überlegt sogar schon, ob er im nächsten Jahr mit drei Deutschen in die Saison geht. Aber auf die Polen verzichten kann er nicht. Zehn polnische Helfer sind in diesen Tagen bei Ufen beschäftigt.

Für 2007 plant Schleswig-Holsteins Arbeitsminister Uwe Döring (SPD) in Dithmarschen und Nordfriesland die Gründung einer neuen Beschäftigungsgesellschaft. Die Idee: Sie stellt Langzeitarbeitslose als Saisonarbeiter für die Ernte ein. Die Gesellschaft schließt mit den Landwirten Werkverträge über Ernteleistungen. Damit tragen die Bauern nicht mehr das Risiko, ob ein angeforderter Erntehelfer auch kommt. Wenn einer ausfällt, stellt die Beschäftigungsgesellschaft sofort Ersatz.

Ähnlich handelt die Heider Arbeitsagentur bereits. Was die Idee bringt, wird sich nach der Ernte zeigen. Bis gestern lag die Durchhaltequote bei 85 Prozent. In den vergangenen Jahren lag sie bei etwa 50 Prozent, erzählt Rainer Flügge, zuständiger Mitarbeiter von der Agentur für Arbeit. Aber: die harte Saison kommt erst noch.

Boyens Online - Dithmarscher Landeszeitung

< PREV

Das geht nur ganz anders!

die Aushöhlung von demokratischen ArbeitnehmerInnenrechten beenden, die gewollten Verarmungsprogramme von Alten, Behinderten, Erwerbslosen, Kindern und Jugendlichen stoppen, die Teilhabe an Arbeit und freier Bildung für alle Menschen, die täglichen Repressionen in der Asyl- und Hartz IV-Politik sofort beenden, für fairen Handel weltweit, Rücknahme der neoliberalen Agendapolitik, Erhaltung des Sozialstaats, Recht auf Wohnung für Alle, sofortiger Stopp aller Kriegsvorbereitungen, Recht auf Bildung:

am 21. Oktober 2006 Demonstrationen in Berlin, Dortmund, Frankfurt, München und Stuttgart des DGB und der sozialen Bewegungen

- ⊗ statt Armutslöhne, Hartz IV und tägliche Repressionen gegen Erwerbslose:
ein gesetzlicher Mindestlohn von mindestens 10 EUR und eine repressionsfreie und armutsfeste Grundsicherung von mind. 500 EUR zuzügl. Kosten der Unterkunft.
- ⊗ statt Studiengebühren:
kostenfreie Bildung und armutsfeste Grundsicherung von der Kindertagesstätte bis zur Hochschule und ein bedarfsdeckendes, darlehensfreies BAföG.
- ⊗ statt eines permanent gescheiterten Ausbildungspakts:
ein Ausbildungsplatzgesetz: wer nicht ausbildet, muss für die Ausbildung zahlen.
- ⊗ statt Verarmungsprogramme für Kinder und Alleinerziehende:
armutsfeste Grundsicherung.
- ⊗ statt entwürdigender Altersarmut:
eine angemessene Rentenanpassung und eine armutsfeste Grundrente.
- ⊗ statt ‚Rente mit 67‘ und Arbeitszeitverlängerung:
Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche, eine faire Verteilung der vorhandenen Erwerbsarbeit und die Schaffung von öffentlich geförderten Beschäftigungen.
- ⊗ statt einem zunehmenden repressiven Maßnahmenstaat:
Residenzpflicht für Asylsuchende und Erwerbslose abschaffen sowie gleiche soziale und demokratische Grundrechte für alle hier lebenden Menschen. Recht auf Nahrung, Recht auf Gesundheit, Recht auf Wohnung

„Demokratie bedeutet Einmischung in die eigenen Angelegenheiten“ (Daniela Dahn, Schriftstellerin)

Stoppen wir gemeinsam am **21. Oktober 2006** die neoliberalen Interessensvertreter, die uns einreden wollen, es sei kein Geld da und gleichzeitig über die Privatisierung öffentlichen Vermögens und öffentlicher Leistungen die Staatsfinanzen in den Keller fahren. Stoppen wir mit möglichst allen betroffenen und noch nicht betroffenen Menschen, die Verletzung des Grundgesetzes, indem die sog. Arbeit“geber“ keine Arbeit mehr geben und nur noch Gewinne abkassieren. Das Grundgesetz fordert **„Eigentum verpflichtet“**, deshalb müssen sie zahlen. Stoppen wir, Erwerbslose und Erwerbstätige gemeinsam, den Lohnraub, diese Teufelsspirale in die Armut, indem wir alle Mindestlohnkampagnen und die Erhöhung des ALG II unterstützen.

Setzen wir uns hier durch, wird der Weg frei für unsere Forderung nach einem Mindestlohn von 10,- Euro die Stunde. Zwingen wir das Kapital zu zahlen, also für die Folgen der Erwerbslosigkeit aufzukommen, ist eine Regelsatzerhöhung auf 500,- Euro leicht finanzierbar. Zwingen wir die Unternehmen, Erwerbslose und Erwerbstätige gemeinsam, die Wochenarbeitszeit bei vollem Lohn- und Personalausgleich auf 30 Stunden zu verkürzen, müssen sie neue Arbeitsplätze schaffen, das lässt sich aus den Wirkungen der 35-Stunden-Woche erkennen.

Petitionen und Denkschriften werden nicht reichen um solche Reformen durchzusetzen. Den Herrschenden wird jede dieser Forderungen mühsam abgerungen werden müssen. **Nötig ist politischer Druck:** Sozialer Protest und der Aufbau von politischen Alternativen! Es ist an der Zeit: die Unternehmen und das Kapital müssen sich wieder beteiligen. Weg mit Hartz IV, für Mindestlohn und Arbeitszeitverkürzung jetzt. Kostenfreie Bildung und Ausbildung, Gesundheit ist keine Ware! Großzügige Bleiberechtsregelung jetzt!

Schluss mit den „Reformen“ gegen uns!

Bündnis 3. Juni (der Demonstration: „Schluss mit den Reformen gegen uns!“)

Das geht besser. Aber nicht von allein!

Für die soziale Erneuerung Deutschlands.

Deutschland sozial gestalten! Das war die Forderung der Gewerkschaften an die Parteien im Bundestagswahlkampf. Das ist und bleibt der Maßstab für die Bewertung der Arbeit der Großen Koalition. Doch vieles was die Regierung auf den Weg gebracht oder angekündigt hat, löst die Probleme nicht, sondern verschärft sie sogar.

Was ist geplant?

- Mit dem **Gesundheitsfonds** drohen den Versicherten weniger Leistungen, höhere Beiträge und Kopfpauschalen. Die Privatversicherungen sollen fein raus bleiben.
- **Nullrunden** für die Rentnerinnen und Rentner. Weitere **Renten Kürzungen** durch die Rente mit 67.
- Immer mehr **Druck auf Arbeitslose**. Weitere Kürzungen sind nicht ausgeschlossen, Arbeitsplätze aber nicht in Sicht.
- Es fehlen zehntausende von **Ausbildungsplätzen**. Nicht einmal ein Viertel der Betriebe bildet aus. Der Ausbildungspakt von Arbeitgebern und Bundesregierung hilft nicht weiter.
- Der **Kündigungsschutz** ist in Gefahr. Die Arbeitgeberverbände wollen die **Mitbestimmung** verschlechtern.
- Die **Mehrwertsteuererhöhung** macht das Leben der Menschen teurer. Gleichzeitig soll es neue **Steuergeschenke für Unternehmen** geben.

So kann es nicht weitergehen. Wir müssen gegensteuern. Wir fordern eine Politik für eine soziale Erneuerung. Eine Politik, die Sicherheit, Perspektiven und Vertrauen schafft.

Unsere Alternativen

- Wir wollen **Gesundheit für alle** Bürgerinnen und Bürger solidarisch und gerecht finanzieren – und keine Zwei-Klassen-Gesellschaft in den Wartezimmern und bei der Behandlung.
- Wir wollen mehr **Arbeit für Jung und Alt** und eine auskömmliche gesetzliche **Altersrente für alle** – und keine Rente mit 67.
- Wir wollen **Löhne** und Gehälter, **die zum Leben reichen**. Dazu gehören **Mindestlöhne** nicht unter 7,50 Euro – Arbeit darf nicht arm machen.
- Wir wollen **mehr Ausbildung**. Firmen, die nicht selbst ausbilden, müssen durch eine Umlage an den Kosten der Ausbildung beteiligt werden. Außerdem wollen wir ein Sofortprogramm für 50.000 zusätzliche Ausbildungsangebote.
- Wir wollen, dass **Arbeitslose nicht verarmen** und zu Lohndumping gezwungen werden.
- Wir wollen **Schutz vor Willkür am Arbeitsplatz** und **mehr Mitbestimmung** in den Unternehmen – und keine Einschränkung von Arbeitnehmerrechten.
- Wir wollen eine **Steuerpolitik**, die die Binnenkonjunktur stärkt und die **Kapitalgesellschaften fordert** – aber keine Mehrwertsteuererhöhung und weitere Geschenke für Konzerne.

Deshalb rufen die Gewerkschaften zum 21. Oktober alle Bürgerinnen und Bürger auf: Unterstützen Sie eine Politik, die das Leben und Arbeiten der Menschen wirklich verbessert.

**Demonstrieren Sie mit uns am 21. Oktober 2006
in Berlin, Dortmund, München, Stuttgart und Frankfurt.**

Watt im Fall

Da sind sie es noch rechtzeitig losgeworden, die HEW, Hamburger Elektrizitätswerke und Nordwestdeutsche Kernkraftbetreiber NWK. Jetzt kann sich der Nachfolger mit den Altersreparaturen rumplagen. Aber die werden schon auf ihre Kosten kommen. Zur Not schlagen sie die Kosten für ihre beinahe- Supergaus auf die Strompreise. Aber noch ist nichts passiert in ihrer Zeit. Die Störfälle gehen alle auf das Konto der deutschen Betreiber. Das heißt aber nicht, dass sie seitdem bessere Störfälle haben, wenn sie denn gemeldet werden.



Auf einmal kann das nicht bis 2009 gutgehen. Gabriel sagte, es ist nicht vertretbar, aber statt Abzuschalten erhöht er die Laufzeit auf 2009. Erst große Sprüche und dann knickt er vor der Energieindustrie ein wie ein Schilfrohr. Hat jemand was anderes erwartet? Die Atomenergie war in den Achzigern der Strohalm an den sich die Wirtschaft geklammert hat, damit sind die Christdemokraten Austermann und Stoltenberg nochmal nach oben gekommen, aber nun nützt selbst das nichts mehr. Mit dem Vattenfall fällt auch die CDU.

Das ganze geeiere mit den Restlaufzeiten und Reststrommengen nervt. Das ganze Theater ist nur, weil niemand weiß, wohin mit dem Müll. Statt vorsichtig zu sein, wenn was schief läuft, streben sie Laufzeitverlängerung an. Sie werden freiwillig niemals abschalten. Und 2009 fällt ihnen noch was neues ein. Atomgegner werden die einzigen sein, die das können.

Wir haben drei Jahrzehnte gebangt, dass uns nichts passiert, da sollten wir die jetzt nicht noch dulden, dass alles umsonst war. Daher sollten wir da reingehen und den Ausschalter umlegen und dafür sorgen, dass die Kiste nie wieder hochfährt.

Gabriel hatte gesagt, auch in Brunsbüttel könne es zu ähnlichen Problemen kommen, und hatte Sicherheitsnachweise von Vattenfall gefordert. Dazu sagte Ministeriumssprecher Michael Schroeren am Montag in Berlin. "Der Bundesumweltminister hat nicht die Absicht, aus Willkür heraus von seiner Seite aus das Atomkraftwerk stillzulegen." - vorausgesetzt, der Betreiber Vattenfall kann Sicherheitsbedenken ausräumen. Was heißt denn hier Willkür. Wenn jemand Andere gefährdet, dann darf man ihn aus Willkür heraus nicht daran hindern? Da ist doch sogar Folter erlaubt.

Nach dem Störfall im schwedischen Kernkraftwerk Forsmark, das ebenfalls von Vattenfall betrieben wird, hatte die Reaktorsicherheitskommission (RSK) in Deutschland auch für Brunsbüttel neue Sicherheitsfragen aufgeworfen. Danach sei das Atomkraftwerk Brunsbüttel bei Ausfall des batteriebetriebenen Notstromsystems auf Wechselstrom angewiesen, wodurch die Stromversorgung für die Steuerung der Anlage nur noch eingeschränkt zur Verfügung stünde. Der Meiler an der Unterelbe war in die Kritik geraten, nachdem die Deutsche Umwelthilfe dort noch größere Mängel als beim Kraftwerk in Forsmark ausgemacht hatte.



Das Kernkraftwerk soll laut Atomkonsens Anfang 2009 vom Netz gehen. Nach Angaben des Betreibers Vattenfall kann das Werk mit dem jetzigen Notstromsystem sicher betrieben werden. Bundesumweltminister Siegmund Gabriel sagte daraufhin eine Laufzeit bis 2009 zu. Er hatte der "Tageszeitung" mit Blick auf Brunsbüttel gesagt: "Es ist sinnvoll, solche Altanlagen früher vom Netz zu nehmen." Im Interview mit der "taz" hatte Gabriel betont, dass Brunsbüttel nicht sicherheitsoptimiert sei wie neuere Kraftwerke, und dass es sinnvoll und nach dem Atomgesetz möglich sei, Reststrommengen von älteren auf neuere Anlagen zu übertragen. Damit habe Gabriel Kritik daran üben wollen, dass die Betreiber derzeit nur über Strommengenübertragungen von jüngeren auf ältere Kraftwerke nachdächten. Damit könnte die Abschaltung von weiteren Atomkraftwerken in dieser Legislaturperiode vermieden werden.

Das gibt auch Sinn. Die jüngeren Kraftwerke sind längst nicht so sicher, weil niemand sie kennt und nicht auf Unfälle vorbereitet ist. Jedes Update hat mehr Sicherheitslücken, bis sie gefunden werden.

Und mit dem Abgang der Regierung ist der Atomkonsens auch passe.

Mit Verweis auf Forsmark kritisierte Gabriel in dem Interview die deutsche Atomindustrie: "Die Betreiber erklären ständig, das kann bei uns gar nicht passieren - und dann passiert eben doch etwas. Ich finde das angesichts des Schadensrisikos, das wir bei der Atomenergie haben, auf Dauer nicht vertretbar", wurde der Minister zitiert.

Nach dem jüngsten Prüfbericht fordern die Grünen, das Atomkraftwerk Brunsbüttel unverzüglich abzuschalten. **"Vattenfall hat wochenlang schwerwiegende Sicherheitsmängel verheimlicht** und dadurch seine Glaubwürdigkeit und das Vertrauen in den ordentlichen Betrieb eines AKWs verloren", sagte die Fraktionsvorsitzende Renate Künast. Der letzte Prüfbericht weise für den Meiler in Schleswig-Holstein mehr als 200 zum Teil erhebliche Sicherheitsmängel auf, erklärten Grünen-Fraktionschefin Renate Künast und ihre Stellvertreterin Bärbel Höhn. "Damit ist Brunsbüttel einer der größten Schrottreaktoren in Deutschland und definitiv nicht mehr auf dem Stand der Technik." Die Deutsche Umwelthilfe wirft der Kieler Aufsichtsbehörde vor, eine Liste mit 260 Nachrüstforderungen unter der Decke zu halten. Diese Liste werde für den Fall in der Schublade gehalten, dass der Betreiber - wie erklärt - eine Laufzeitverlängerung beantragt, so der Vorwurf. Im Interview mit der taz bestätigte Ministerin Trauernicht zwar, dass es "eine Liste mit sehr vielen offenen Punkten gibt, aber keine Liste mit 260 Sicherheitsmängeln". Der konstruierte Zusammenhang sei "Quark". Vattenfall hat die Kritik an Brunsbüttel bereits zurückgewiesen. Es dränge sich der Eindruck auf, dass Gabriel den Streit über die Sicherheit nutze", um Brunsbüttel sicherheitstechnisch zu diskreditieren, um auf diesem Umweg eine Laufzeitverlängerung zu erschweren", sagte Bruno Thomauske, Geschäftsführer der Vattenfall Europe Nuclear Energy, dem "Handelsblatt". Brunsbüttel sei "besonders gut auf mögliche Störungen in der Stromversorgung vorbereitet". Diese sei bei einem Ereignis wie im schwedischen Forsmark und bei weiter gehenden Szenarien gesichert.

Sprecher der Deutschen Umwelthilfe Jürgen Resch bezweifelt das und behauptet, die Notversorgung sei auf Betriebsstörungen schlechter vorbereitet als Forsmark und verlangt eine sofortige Stilllegung. Schleswig-Holsteins Sozialministerin Gitta Trauernicht (SPD) wollte sich zum Inhalt der Stellungnahme zunächst nicht äußern. Sie kritisierte jedoch das Verhalten des Betreibers. Dessen Informationen zur Sicherheit seien "zu glatt". »Reaktortechnologie ist eine Hochrisiko-Technologie«, meint Schleswig-Holsteins Sozialministerin Trauernicht. »Deshalb ist der Atomausstieg auch unabdingbar«, sagte die Ministerin. »Ein erster Blick auf das Papier von Vattenfall macht deutlich: Wir haben noch einige Nachfragen«, sagte Sozialministerin Gitta Trauernicht, die auch für Reaktorsicherheit zuständig ist, der Netzzeitung. »Es können aber ähnlich gelagerte Probleme auftreten«, sagte sie. Die SPD-Politikerin glaubt auch den Versicherungen von Vattenfall nicht: »Die Behauptung von Vattenfall, die Notstromversorgung sei sicherer als in anderen Reaktoren in Deutschland, stimmt einfach nicht«, kritisierte sie. »Wir als Atomaufsicht haben da eine ganz andere Meinung.« Der Reaktor sei »immerhin schon 30 Jahre alt« und entspreche »nicht dem Stand von Wissenschaft und Technik«.



Gleichzeitig erteilte sie einer vorzeitigen Abschaltung des AKW Brunsbüttel eine Absage: »Nach derzeitigem Kenntnisstand ist ein solcher Schritt nicht notwendig und möglich.« Der Atomausstieg sieht vor, dass das AKW Brunsbüttel 2009 als eines der ersten Meiler vom Netz geht. »Wenn Umweltminister Gabriel bessere Erkenntnisse über die Sicherheit von Brunsbüttel hat als wir, kann er seinen Forderungen ja Taten folgen lassen«, sagte dazu Trauernicht. »Er hat die Möglichkeit, eine entsprechende Weisung zu erteilen.« So markiert sie die Harte, die auf Augenhöhe mit den Kernkraft- Vorständen debattiert, um dann ganz souverän, unabhängig abzusagen, eine Abschaltung ist nicht notwendig und möglich.

Den Schweden würden die Profite ausgehen, die halten uns für Verkaufsbetrüger. Die Frage aber ist: Verstehen und beherzigen die zuständigen Politiker auch den Rat der Experten? Schleswig-Holsteins oberste Atomaufsicht, Sozialministerin Gitta Trauernicht (SPD), etwa beschwerte sich bei Bundesumweltminister Gabriel, von Forsmark aus der Presse - und nicht aus seinem Ministerium - erfahren zu haben. Tatsächlich aber hätte es Trauernicht besser wissen können. Als Atomaufsichtsbehörde ist auch ihr Haus an das Internationale Störfall-Meldesystem INES angeschlossen. Da kommen so einige Meldungen rein, wenn sie denn kommen, ohne dass die Bevölkerung davon erfährt. Allerdings verweigerte Gitta Trauernicht dem Interview die Freigabe. Was insofern delikat ist, als die Ministerin sowohl dem Betreiber als auch dem Bundesumweltminister schlechte Informationspolitik vorwirft.

Aus der Region "Die derzeitige Diskussion zeigt, dass auch **20 Jahre nach der "Schlacht um Brockdorf"** das Thema Atomkraft nach wie vor stark ideologisiert wird. Nahezu stereotyp sind seit Jahrzehnten die Aussagen der großen Energieversorger, dass die Meiler in Deutschland absolut sicher sind - obwohl es diverse Störfälle gegeben hat, wenn auch nicht mit Forsmark vergleichbar," kommentiert Christiane Sengebusch.



Seit 1965 hat es **3000 besondere Vorkommnisse** in deutschen Kernkraftwerken gegeben. Beim ersten Störfall mit Todesfolge im November 1975 erlitten zwei Schlosser tödliche Verbrühungen, als plötzlich radioaktiver Dampf austrat. Mai 1976; im hessischen Druckwasserreaktor Biblis A bricht die Welle der Nachkühlpumpen. Dabei werden Risse im Druckbehälter und abgerissene Schrauben entdeckt. August 2001; im baden-württembergischen Druckwasserreaktor Philippsburg 2 kommt es zu einer Pannenserie beim Anfahren. 2001 Wasserstoffexplosion in Brunsbüttel, ein Stutzen einer Pumpe brach ab und wurde erst ein halbes Jahr später entdeckt. August 2004; in Brunsbüttel sorgen alte Kabel und Isolierungen für einen Kurzschluss und Schnellabschaltung. 1976 Brand im DDR- Druckwasserreaktor Greifswald. Keine Toten.

Quelle: <http://de.indymedia.org/2006/09/156823.shtml> - dort mit Bildern

Atomkraftgegner blockieren AKW Brunsbüttel

von BI Lüchow-Dannenberg - 11.09.2006 00:08

Atomkraftgegner haben am Sonntagnachmittag die Zufahrt zum Atomkraftwerk Brunsbüttel blockiert. Sie wollen mit ihrer Protestaktion zum Schichtwechsel der AKW-Mannschaft bekräftigen, dass dieses Skandal-Kraftwerk keine Minute weiter laufen darf. "Die Betreiber des AKW Brunsbüttel vertuschen nicht zum ersten Mal gravierende Sicherheitsmängel, sowohl gegenüber der Öffentlichkeit, als auch gegenüber der Atomaufsicht. Wir können und wollen nicht akzeptieren, dass erst Menschen durch einen 'GAU' zu Schaden kommen müssen, damit ein Atomkraftwerk außer Betrieb geht", so einer der Beteiligten.



"Uns reicht es! Wir fordern: Stoppt das AKW Brunsbüttel jetzt! - Wir belassen es nicht bei der Forderung, sondern wir werden uns aktiv dafür einsetzen, dass der Reaktor endlich vom Netz geht"

heißt es in einer bislang von 38 Umweltinitiativen unterzeichneten "Brunsbütteler Erklärung". "Die Stromkonzerne Vattenfall und E.on haben im 'Atomkonsens' unterschrieben, das AKW Brunsbüttel an der Unterelbe bis spätestens 2009 stillzulegen", so der Text des Aufrufs, den weitere Einzelpersonen und Gruppen unterzeichnen sollen. Weiter: "Für alle Menschen im Umfeld des Pannenreaktors bedeutet diese Frist schon ein zu großes Risiko. Doch jetzt wollen die Betreiberfirmen Vattenfall und E.on sich nicht einmal mehr an diese Vereinbarung halten. Mit Unterstützung der CDU soll die Laufzeit - also die Zeit der immensen Gefahren - weiter verlängert werden."

Kaum ein anderer Reaktor in Deutschland musste so häufig auf Grund von Pannen und Störfällen vom Netz genommen werden wie das AKW Brunsbüttel. Seit Inbetriebnahme kam es immer wieder zu Schnellabschaltungen. Vattenfall deutet diese enorme Störfallserie einfach um: Wenn alle Teile schon einmal ausgetauscht wären, könne ja von einem runderneuten AKW gesprochen werden, so die Betreiber. Doch geblieben ist das marode Herz der gesamten Anlage: der Reaktordruckbehälter. Er ist der strahlungsbedingten Versprödung am stärksten ausgesetzt. Erinnerung wird in dem Aufruf, dass es bereits am 14. Dezember 2001 im Reaktor Brunsbüttel eine höchstgefährliche Wasserstoffexplosion gab.



Dabei wurde eine Rohrleitung auf einer Länge von etwa drei Metern in unmittelbarer Nähe zum Reaktorkern zerfetzt. "Die Reaktorprüfer der schleswig-holsteinischen Atomaufsichtsbehörde kamen nach einer Kontrolle im Februar 2002 'leichenblass' aus dem Inneren des Reaktors zurück", wird aus einem SPIEGEL-Artikel zitiert. Ein Sprecher der mitblockierenden BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg: "Bisher haben alle 'Sicherheits'-Aussagen der Atomiker erheblich geringere 'Halbwertszeiten' als die Entdeckung der Kernspaltung an sich. So stürzt eine als 'Endlager' für schwach- und mittelaktiven Atommüll deklarierte Salzgrube in sich

zusammen (Morsleben) oder säuft ab (Asse bei Wolfenbüttel, in dem mehr als 125.000 Atommüllfässer abgekippt worden sind). Auch der Gorlebener Salzstock steht in direktem Kontakt mit grundwasserführenden Kiesschichten - niemand kann für solche 'End'-Lager die geforderte Sicherheit von einer Million Jahren garantieren!"

Dennoch sollen Atomkraftwerke weiterlaufen, obwohl weltweit niemand weiß, wohin mit deren Müll. "Wir werden uns das nicht weiter bieten lassen, und stellen uns quer - hier in Brunsbüttel, beim CASTOR-Transport im November nach Gorleben, vor der Urananreicherungsanlage in Gronau, am Schrott-AKW Biblis und überall", so die Bürgerinitiative. "Wie die ära Rot/Grün gezeigt hat, kann nur der 'Druck der Straße' einen Atomausstieg wirklich voranbringen!" Die symbolische Blockade wurde nach zwei Stunden beendet. Es wird nicht die letzte Aktion sein - Brunsbüttel wird so einfach nicht zur Ruhe kommen - bis es endgültig abgeschaltet ist.

"Zynismus pur" - Deutsche Umwelthilfe zum AKW

Hugo 11.09.2006 01:01

Deutsche Umwelthilfe nennt Vattenfall-Pläne zu Brunsbüttel "Zynismus pur" Berlin (ots) -

Reaktorbetreiber will den Problemreaktor länger als im Atomkonsens vereinbart betreiben - Auch 2004 war Brunsbüttel Schauplatz eines kritischen Störfalls - Brand an "gealterten" Kabeln legte Strom-Eigenversorgung des Reaktors lahm und löste umfangreiche Austauscharbeiten aus - DUH Bundesgeschäftsführer Rainer Baake: "Dieser Reaktor ist erst sicher, wenn er endgültig abgeschaltet ist."



Berlin, 10. September 2006: Mitten hinein in die öffentliche Debatte über die Sicherheitsdefizite im Notstromsystem des Problemreaktor Brunsbüttel hat der Vattenfall-Konzern seine Entschlossenheit bekräftigt, den Meiler über das Jahr 2009 hinaus zu betreiben. In einem Interview mit der Frankfurter Rundschau vom Samstag erklärte Vattenfall-Vorstand Reinhardt Hassa, sein Unternehmen plane einen entsprechenden Antrag im nächsten Jahr. Brunsbüttel könne wie andere Atomkraftwerke "40 oder sogar 60 Jahre sicher laufen." Vattenfall platziert seine Ankündigung noch bevor der Konzern die von der Atomaussicht verlangten Nachweise über die Ausfallsicherheit von Wechselrichtern und Antworten auf Fragen nach dem Sicherheitsmanagement erbracht hat. "Der Konzern provoziert die Öffentlichkeit und er zeigt, dass in der Konzernzentrale Zynismus pur regiert", erklärte DUH-Bundesgeschäftsführer Rainer Baake. Er erinnerte daran, dass im Atomkonsens und im Atomgesetz als Regelfall die Übertragung von Strommengen von älteren auf neue Reaktoren vorgesehen sei. Grund sei der schlechtere Sicherheitszustand von alten Reaktoren wie Brunsbüttel.

Wenn Vattenfall jetzt den umgekehrten Weg gehen wolle, dann zeige diese, wie es um die Sicherheitskultur dieses Unternehmens bestellt sei. Auch Hassas Begründung, es sei falsch, Atomkraftwerke abzuschalten, die "preiswert Elektrizität liefern", könne angesichts der jüngsten Preiserhöhungen für Privat- und Gewerbekunden in Berlin und Hamburg zum 1. Mai 2006 "nur mit Kopfschütteln quittiert" werden. "Vattenfall und die anderen Atomkraftbetreiber produzieren den Strom in ihren abgeschriebenen Meilern zwar preiswert, aber sie verkaufen ihn teuer". Auch das sei ein Grund, warum viele Deutsche von der

Dominanz der Atomkonzerne genug hätten, erklärte Resch. Unwahr ist auch Hassas Erklärung, das Atomkraftwerk Brunsbüttel laufe seit der Wiederinbetriebnahme im März 2003 "unbeanstandet". Diese Behauptung "ist nicht einmal die halbe Wahrheit", sagte Gerd Rosenkranz, der Leiter Politik und Öffentlichkeit der DUH. Erst im März 2006 hatte die schleswig-holsteinische Landesregierung in der Antwort auf eine Anfrage im Landtag erklärt, in "über 200 Prüfberichten" von Sachverständigen seien "über 650 offene Fragen mit unterschiedlichen Inhalten ausgewiesen". Der Öffentlichkeit wurden diese Sicherheitsdefizite bis heute nicht zugänglich gemacht.



Hassa verschweigt auch einen Kabelbrand in der Strom-Eigenbedarfsversorgung des Kraftwerks, der am 23. August 2004 zu einer Reaktorschnellabschaltung und einem erneuten Stillstand der Anlage von 63 Tagen führte. Wegen "Alterungseffekten an Kabeln und PVC-Isolierungen", die als Auslöser des Brandes galten, mussten anschließend alle vergleichbaren Kabel ausgewechselt werden. Dem Jahresbericht 2004 über "Meldepflichtige Ereignisse" in deutschen Atomanlagen (nachzulesen im Internet-Auftritt des Bundesamts für Strahlenschutz, BfS) ist zu entnehmen, dass der Kabelbrand als "Eilmeldung" der Stufe 1 der INES-Skala (International Nuclear Event Scale) eingestuft wurde. Das Feuer war damit eines der beiden kritischsten Ereignisse in einer deutschen Atomanlage im Jahr 2004 (von 154 Ereignissen insgesamt).

Zum Vergleich: Der dramatische Forsmark-Unfall wird bisher als INES-Stufe 2 eingestuft. Baake erinnerte daran, dass der Reaktor in Brunsbüttel im Dezember 2001 Schauplatz eines der schwersten Unfälle in einem deutschen Atomkraftwerk war, als eine Wasserstoffexplosion in unmittelbarer Nachbarschaft des Reaktorbehälters eine Rohr zerfetzte. Damals hatte der später von Vattenfall übernommene Betreiber HEW den Reaktor noch zwei Monate weiterbetrieben, bevor eine von den Atomaufsichtsbehörden erzwungene Begehung des Sicherheitsbehälters das ganze Ausmaß der Explosion offenbarte.

Der Kraftwerksdirektor musste gehen. Nur Monate später offenbarten Störfallsimulationen mit einem neuen Simulator, dass das Notstromsystem des Kraftwerks Brunsbüttel eine ganze Reihe von Störfällen nicht wie vorgesehen beherrschen würde. Die Planungs- und Umsetzungsfehler waren zuvor seit der Inbetriebnahme 1976 niemandem aufgefallen. Auch nach der nachträglichen Herstellung des Zustandes, auf der die Betriebsgenehmigung aus den achtziger Jahren basierte, bescheinigte die Reaktorsicherheitskommission (RSK) der Bundesregierung dem Notstromsystem in Brunsbüttel massive Defizite. Anlässlich einer Sondersitzung stellte die RSK im März 2003 fest, dass selbst mit dem Austausch des defizitären Sicherheitsleitsystems gegen ein hochmodernes System "kein Sicherheitsgewinn verbunden ist, da dies die Defizite im Anlagenkonzept hinsichtlich des Aufbaus der Notstromversorgung nicht ausgleicht."

Auch das Atomkraftwerk Forsmark, das Ende Juni nur knapp einer Katastrophe entging, wies massive Sicherheitsprobleme im Notstromsystem auf. Betreiber wie in Brunsbüttel: Vattenfall. Bei der Überprüfung der deutschen Kraftwerke in der Folge des Forsmark-Unfalls, hatte der Meiler in Brunsbüttel mit Abstand die größten Probleme nachzuweisen, dass Vergleichbares wie in Forsmark an der Elbe nicht geschehen könnte. Der Konzern verbreitete zwei Wochen lang objektive Falschinformationen über das Notstromsystem, korrigierte sich dann, erklärte den Reaktor gleichwohl für sicher und bot der Atomaufsicht schließlich einen Umbau des Notstromsystems an. Dazu jetzt Hassa gegenüber der FR: "Eigentlich nicht nötig, bringt aber noch mehr Beruhigung." Baake: "Dieses Unternehmen kommt voraussichtlich erst zur Besinnung, wenn ein katastrophaler Unfall geschieht. Soweit darf es nicht kommen, Dieser Reaktor ist erst sicher, wenn er endgültig abgeschaltet ist."

der Störfall ist Normalfall!



beinahe GAU im schwedischen Atomkraftwerk Forsmark-1. Was ist geschehen?

Nach vorläufigen, sehr widersprüchlichen und immer wieder veränderten Berichten der schwedischen Aufsichtsbehörde (SKI) und des Betreibers Vattenfall stellt sich uns der Störfall vorläufig folgendermaßen dar:

Am 22. Juli 2006 ereignete sich im schwedischen Atomkraftwerk Forsmark-1 ein Störfall. Durch Fehlkoppelungen an einem Stellwerk außerhalb des AKW - also im Stromnetz, das den Strom vom Reaktor wegtransportiert - sollen Arbeiter der Stromnetzfirma einen Lichtbogen mit anschließendem Kurzschluss verursacht haben. Dadurch wurde die automatische Schnellabschaltung des Reaktors ausgelöst und er sollte auf Eigenbedarf herunterfahren. Dabei geht es um die Absenkung der Leistung der Kraftwerksturbinen auf ein Minimum, das noch für die eigene Versorgung benötigt wird. Dieser "Lastabwurf" mißlang jedoch - es sollen beide Turbinen ausgefallen sein -, so daß automatisch das Notstromsystem anspringen sollte. Dieses war aber durch die primäre Störung (Lichtbogen, überspannung) teilweise - auch verschiedene eigentlich unabhängige Sicherheitsstränge - außer Kraft gesetzt, so daß selbst Teile der Reaktorüberwachung in der Leitwarte (Messfühler, Bildschirme, Lautsprecher, Anzeige des Wasserstandes im Reaktor war "mehrdeutig") ausfielen. Der Reaktor wurde im Blindflug gefahren und war kurz davor, außer Kontrolle zu geraten!

Erst nach 22 Minuten wurden durch Operateure per Hand Teile der ausgefallenen Notstromsysteme in Gang gesetzt und nach 45 Minuten war der Reaktor in einem stabilen Abschaltungsmodus.

Nach Vattenfall ist die eigentliche ursprüngliche Ursache der Störung bisher noch nicht geklärt. Die schwedische Atomaufsichtsbehörde (SKI) spricht von systembedingten Fehlern im Sicherheitssystem, davon daß sich herausgestellt hat, daß die Sicherheitsfunktionen der Notstromsysteme erwiesenermaßen nicht - wie bisher angenommen - unabhängig voneinander sind, so daß das zu unvorhergesehenen Abhängigkeiten geführt hat, über die sich Fehler fortpflanzten, und sie schätzt den Vorfall im Gegensatz zum Betreiber Vattenfall als extrem ernsthaft ein.



SKI hat andere schwedische Reaktoren mit ähnlichen Sicherheitssystemen (Oskarshamn 1 und 2; Forsmark 2 und Ringhals 4) waren bereits für die jährlichen Revisionsarbeiten außer Betrieb) -eine Woche nach dem Störfall stillgelegt. Der Reaktor ist haarscharf an einem GAU vorbeigeschrammt. Wäre es zum GAU gekommen hätten ähnliche Folgen auftreten können wie bei der Katastrophe in Tschernobyl vor 20 Jahren. Um die Schwere des Störfalls herunterzuspielen, seien Medien gezielt von Vattenfall mit unwahren Informationen gefüttert worden, erklärten Redakteure der schwedischen Regionalzeitung „Uppsala Nya Tidning“. Vattenfall betreibt in Deutschland die Reaktoren Brunsbüttel (66,7% Vattenfall, 33,3% E.ON) und Krümmel (50% Vattenfall, 50% E.ON) und ist mit 33% an Stade (wird gerade stillgelegt) und mit 20% an Brokdorf beteiligt.

Öffentliches Aufsehen erreichte der Störfall nur, weil der langjährige frühere Chef der Konstruktionsabteilung beim Energiekonzern Vattenfall, Lars-Olov Högelund, gegenüber der Zeitung "Nya Tidning" davon sprach, daß "der Prozess nach nur sieben weiteren Minuten außer Kontrolle geraten wäre". Dieser Vorgang ist für ihn "kein Zufall". Durch die vor 10 Jahren durchgeführte Liberalisierung des Strommarktes sei das Sicherheitsdenken bei den Betreibern in den Hintergrund getreten. Vattenfall und Co. hätten ihre Sicherheitsabteilungen sträflich ausgedünnt und "Betriebspersonal ohne tiefere Einsicht in technische Zusammenhänge" eingestellt. Offensichtlich wollte man so Kosten sparen und die Milliarden Gewinne der Betreiber weiter steigern.

Hier noch ein kurzer aktueller Nachrichtenüberblick:

- Björn Karlsson, Chef des Reaktorsicherheitsausschusses bei der Strahlenschutzbehörde (SKI), erklärte, "das Bild hat sich durch Klärung von Einzelheiten deutlich verschlechtert". Besonders beunruhigend sei, "dass ein und dasselbe Ereignis gleich mehrere Sicherheitssysteme außer Funktion gesetzt hat". Er sagte, das Versagen von zwei der vier Notgeneratoren nach dem Herunterfahren eines Reaktors sei "der schlimmste Vorfall in der Geschichte der Atomkraft in Schweden" gewesen.
- «Forsmark-Panne war größer als gedacht - Der Betreiber des schwedischen Kernkraftwerks Forsmark hat „eine Kette von Pannen“ eingeräumt. Die Deutsche Gesellschaft für Reaktorsicherheit deckte in einer Studie ebenfalls viele Fehler auf und fordert die Prüfung deutscher Kraftwerke.» (sueddeutsche.de)
- «Wie die staatliche Strahlenschutzbehörde SKI am Donnerstag in Stockholm mitteilte, dürfen alle vier nach dem Störfall am 26. Juli stillgelegten Reaktoren erst nach ausdrücklichen neuen Betriebsgenehmigungen durch SKI wieder ans Netz gehen. Bisher galt diese Bestimmung nur für den vom Störfall direkt betroffenen Reaktor 1 in Forsmark.» (dpa)
- «Der Störfall im schwedischen Kernkraftwerk Forsmark war gravierender als bislang vermutet. Zu diesem Schluss kommt ein Bericht der Deutschen Gesellschaft für Reaktorsicherheit (GRS), welcher der Süddeutschen Zeitung vorliegt. Demnach lag in dem Reaktor nicht allein eine Panne bei der Notstromversorgung vor. Vielmehr hat offenbar eine ganze Reihe von Fehlern dazu geführt, dass die Notstromaggregate in Betrieb gehen mussten.»

Wenn Vattenfall als Betreiber von Forsmark die genauen Ursachen des Störfalls nicht erklären kann, wie sollen

dann die stillgelegten Atomkraftwerke so umgebaut werden, dass ein derartiger Störfall nicht erneut eintreten kann? Wie kann Vattenfall behaupten, dass so ein Störfall in Brunsbüttel nicht möglich ist, wenn die Fehlerquelle in Forsmark nicht eindeutig geklärt ist? Lassen wir Vattenfall dazu selbst sprechen, auch wenn es wie reiner Zynismus klingt:

«Für Vattenfall steht die Sicherheit der Bevölkerung und der Mitarbeiter in den Kernkraftwerken an erster Stelle. Wir halten unsere Anlagen laufend auf dem neuesten Stand von Forschung und Technik. Ständige Investitionen in die Sicherheit und Zuverlässigkeit unserer Kernkraftwerke garantieren einen vom Alter und der Laufzeit unabhängigen einwandfreien Anlagenzustand.



Aktive und passive Sicherheitsbarrieren in den Kernkraftwerken verhindern zuverlässig das Austreten radioaktiver Stoffe und gewährleisten so den Schutz von Menschen und Umwelt. Zum Schutz vor schädigenden Einflüssen von außen haben wir über das übliche Maß hinaus gehende Sicherheitsvorkehrungen getroffen. Wir untersuchen ständig alle physikalisch und technisch denkbaren Störungen und ihre möglichen Auswirkungen. So können wir alle Vorkehrungen treffen, um angenommene Störfälle, zum Beispiel Rohrleitungsbrüche, sicher zu beherrschen.»

http://www.vattenfall.de/www/vf/vf_de/225583xberx/225613dasxu/225933bergb/226503kerng/226173kraft/226263kernk/341137siche/index.jsp

Ist ein solcher oder ähnlicher Störfall auch in deutschen Atomreaktoren möglich?

Die deutschen Betreiber von AKWs versicherten nach dem Bekanntwerden des Atomunfall, daß ihre Kraftwerke in Deutschland anders konstruiert sind und darum solch ein Unfall gar nicht vorkommen kann. Vattenfall und E.ON gehören zu ihnen. Schwedische Politiker und Betreiber hatten ihrer kritischen Öffentlichkeit gegenüber stets das gleiche behauptet. "Unter allen deutschen Atomkraftwerken verfügt der Siedewasserreaktor Brunsbüttel über das gegen Betriebsstörungen anfälligste Sicherheitsleitsystem", so die DUH in ihrer Pressemitteilung. "Die Notstromversorgung ist auf Betriebsstörungen schlechter vorbereitet als der schwedische Reaktor in Forsmark, in dem sich am 25. Juli ein schwerer Störfall ereignete. Darauf hat die Deutsche Umwelthilfe (DUH) nach dem intensiven Studium zahlreicher interner Unterlagen der Reaktorsicherheitskommission der Bundesregierung, der Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS) in Köln, von Technikern des Kraftwerks und der schleswig-holsteinischen Aufsichtsbehörde hingewiesen."



"Die Behauptung der Betreiber, ein Störfall wie in Schweden sei in deutschen Reaktoren nicht möglich, ist definitiv falsch. Möglicherweise würde er im Detail anders ablaufen als in Forsmark, aber auf kritische Störfall-Situationen ist der Brunsbüttel-Reaktor erkennbar schlechter vorbereitet als der in Forsmark." Vattenfall Europe hat in einer Pressemitteilung vom 16.08.06 zu den von der DUH vorgebrachten Sicherheitsmängeln im AKW Brunsbüttel wie folgt Stellung bezogen: "Ein Störfall wie im schwedischen Kernkraftwerk Forsmark ist im Kernkraftwerk Brunsbüttel ausgeschlossen." Vattenfall- Geschäftsführer und Strahlenschutz- Verantwortlicher Dr. Bruno Thomauske wörtlich: **"Das Kernkraftwerk Brunsbüttel weist keine sicherheitstechnischen Mängel auf"**.

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) weiter: «Sachlich ist die Behauptung, eine "Eins-zu-Eins-übertragung" des Forsmark-Störfalls in deutschen Reaktoren sei nicht zu befürchten, vermutlich sogar richtig. Vor allem aber ist sie banal. Das gefährliche an dieser Feststellung ist - wie sich am unten dargestellten Fall Brunsbüttel erweisen wird - dass so unbewusst oder gezielt die in Wirklichkeit analogen Probleme einer überkomplexen Sicherheitsleittechnik (nicht nur) in deutschen Atomkraftwerken aus dem Blickfeld geschoben werden. Weil es das Atomkraftwerk von der Stange nirgends auf der Welt gibt, sich also alle 442 derzeit betriebenen kommerziellen Atomkraftwerke in der Anlagentechnik insgesamt und in ihrer Sicherheitsleittechnik im besonderen konzeptionell oder im Detail unterscheiden, verlaufen auch die Störfälle stets unterschiedlich. Selbstverständlich kann sich eine Reaktorkatastrophe wie im Druckröhrenreaktor von Tschernobyl in vollkommen anders konstruierten Leichtwasserreaktoren nicht wiederholen. Aber eben eine andere mit ebenso verheerenden Folgen. Dies gilt nicht nur für diesen offensichtlichen Fall, sondern auch für Reaktoren vom selben Typ (Druckwasserreaktoren, Siedewasserreaktoren), die von unterschiedlichen Herstellern und in unterschiedlichen Zeiträumen in tausenden Details unterschiedlich errichtet wurden. Selbst Reaktoren derselben Baureihe (in Deutschland etwa die Siedewasserreaktoren der so genannten Baureihe (69) sind in ihren Details keineswegs identisch, so dass es den Betreibern in fast jedem Fall gelingen dürfte zu erläutern, warum der Störfall in Reaktor A in Reaktor B praktisch ausgeschlossen werden kann. Gemeinsam ist fast allen in der Vergangenheit aufgetretenen Störfällen, die über die alltäglichen und routinemäßig beherrschten Betriebsstörungen hinausgehen, dass ihr Auftreten die Reaktorbetreiber, die Aufsichtsbehörden und auch die Sachverständigen stets aufs Neue in überraschte Ratlosigkeit stürzte. Ähnliches kann bei anderen, "normalen" Technologien natürlich auch geschehen, wenn sie nur hinreichend komplex sind. In solchen Fällen lernt man aus den Havarien und stellt die Defizite Schritt für Schritt ab. Diese Möglichkeit steht der Kerntechnik jedoch nicht offen, weil ein schwerer Unfall wegen der apokalyptischen Folgen unter allen nur denkbaren Umständen ausgeschlossen werden muss. Gleichzeitig sind die Reaktoranlagen und hier insbesondere die Systeme der Sicherheitsleittechnik derart komplex, dass es selbst bei höchstem Aufwand, größtem Eigeninteresse und bestem Willen nicht möglich ist, alle Eventualitäten eines Störfallablaufs im Vorhinein in der Auslegung der Sicherheitstechnik zu berücksichtigen. So wird die Entscheidung, wie weit man bei der Vorsorge gehen muss, welche Störfälle man sich vorstellen kann und will, letztlich doch, entgegen allen öffentlich beschworenen Formeln ("Sicherheit geht vor Wirtschaftlichkeit"), zu einer ökonomischen Frage. ...»

Atomkraftwerke sind komplizierte Hig-Tech-Systeme, in denen physikalische Prozesse, eine Fülle



verschiedener Materialien, Ingenieurtechnik und der Faktor Mensch in einer fein abgestimmten Weise zusammenwirken müssen. Im Gegensatz zu anderen Hochtechnologien beinhaltet ein Atomkraftwerk aber ein ungeheures Schadenspotential. Gerät diese Technik außer Kontrolle - und das ist auch bei einem deutschen Atomkraftwerk nicht auszuschließen - , so sind besonders in dicht besiedelten Regionen schlagartig Millionen von Menschen in ihrer Existenz und Gesundheit bedroht. Die Erfahrungen aus Tschernobyl haben gezeigt, daß nach einer Katastrophe in einem AKW - durch welche Ursache sie auch immer ausgelöst wurde - das Evakuierungsgebiet auch 400 km weit reichen kann, je nach Katastrophenszenario und Wetterlage.



Bei einem deutschen AKW gibt es nach einem Super-GAU auf Grund des anderen Reaktorprinzips keinen vergleichbaren Brand wie in Tschernobyl und somit keinen großen Auftrieb für die nukleare Freisetzung und großflächige Verteilung. Allerdings wäre das Freisetzungsinventar 3 bis 5 mal größer als in Tschernobyl. In Weißrussland haben etwa 400.000 Menschen ihre Heimat verlassen müssen. In Deutschland kann wegen der 7 - 10 mal höheren Besiedlungsdichte die Evakuierung von 3 - 6 Millionen Menschen notwendig sein. Eine geordnete Evakuierung und Versorgung - auch medizinische Versorgung - so vieler Menschen ist aber nicht vorstellbar. Die Menschen werden weitgehend sich selbst überlassen.

Hinweisen wollen wir in diesem Zusammenhang, daß es u.a. größere Atomkatastrophen bei Kyshtym im Chemiekombinat Majak (29.09.1957, UdSSR), in Windscale (08.10.1957, heute Sellafield, England), in Harrisburg (27.03.79, Pennsylvania, USA) im AKW Three Mile Island, in Tschernobyl (26.04.86, Ukraine) und in Tokaimaru (30.09.1999, Japan) gab.

Es gibt weder 100%ige Sicherheit gegen technisches Versagen, noch gegen menschliches Fehlverhalten oder gegen einen zielgerichteten militärischen Angriff.

Und nicht zu vergessen sind die gesundheitlichen Gefahren, die von der sogenannten friedlichen Nutzung der Atomenergie auch bei sogenanntem "Normalbetrieb" ausgehen.

Der Betrieb atomtechnischer Anlagen führt zu schwerwiegenden Beeinträchtigungen von Gesundheit und Lebensraum. Auch der Transport, die Zwischen- und Endlagerung von Atommüll sind mit hohen Risiken verbunden. Tausende von Generationen nach uns werden an den Folgen der Atomtechnik erkranken und sterben. Radioaktivität - einmal freigesetzt - bleibt auch nach Jahrhunderten und Jahrtausenden wirksam.

Mit jeder Kilowattstunde aus Atomenergie nimmt die Radioaktivität in der Umwelt zu.

Auch wollen wir noch einmal ausdrücklich darauf hinweisen, daß es weltweit kein sicheres Endlager gibt, das keinen Zutritt der über Jahrmillionen strahlenden hochradioaktiven Abfälle zur Biosphäre garantiert - und ein solches ist auch gar nicht vorstellbar. Dennoch werden diese hochradioaktiven Abfälle weltweit weiter produziert - auch in der BRD.



U.a. daraus leitet die Anti-AKW-Bewegung ihre Forderung: "Für die sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke weltweit!" ab. Um diese Stilllegung nicht nur zu fordern sondern auch zu fördern, versucht die anti-AKW-Bewegung das System Atomenergieproduktion zu stören und zu behindern wo immer sie eine Möglichkeit dazu sieht. Und - die Folgen der Atomtechnologie sind kein Schicksal, sondern sind von Menschen zu verantworten.

Die Produktion von Atomenergie ist ein Verbrechen an Mensch und Umwelt - hier und auch anderswo! Und dieses Verbrechen ist nicht anonym oder irgendwelchen Sachzwängen geschuldet, sondern dahinter stecken Gesichter und Interessen, die es gilt sichtbar zu machen und zur Rechenschaft zu ziehen.

Konkret heißt das: Es gibt keine andere Lösung ausser: sofortige Beendigung der zivilen und militärischen Nutzung der Atomkraft - hier und auch anderswo! Verstärkter Einstieg in eine sichere und umweltfreundliche zukunftsfähige Energiepolitik: In diesem Sinne kann Stromversorgung nur durch den Ausbau erneuerbarer Energie, durch mehr Energieeffizienz, Energieeinsparung und Dezentralität der Energieproduktion erfolgen. Ein kleiner individueller Beitrag in diese Richtung kann "Stromwechsel jetzt" bedeuten.

Aber - diese Forderungen sind letztendlich nur dann zukunftsweisend/emanzipatorisch in Richtung einer herrschaftsfreien solidarischen Gesellschaft, wenn sie eingebettet sind in die Forderung nach Vergesellschaftung von Energie - wenn Energie nicht mehr als Ware gehandelt wird, sondern wenn Energie als Menschenrecht allen Menschen auf dieser Welt frei zugänglich ist. Genauso wie Wasser, Luft, Bildung, Kultur, Gesundheitsversorgung, Kommunikation und Mobilität, bedingungsloses Existenzrecht (Grundeinkommen), usw. Für unseren Widerstand bedeutet das, auch den Kampf aufzunehmen gegen Neoliberalismus (Deregulierung und Privatisierung) und gegen kapitalistische Globalisierung des Energiemarktes.

Meßstelle für Arbeits- und Umweltschutz (MAUS e.V.)

www.MAUS-Bremen.de

Bremen, 30. August 2006

Drei weitere Stolpersteine in Heide - Einladung zur Verlegung am 10. Oktober 2006

Ablauf:

15.00 Uhr Wulf-Isebrand-Platz 1-3 (Eingang Dithmarscher Landeszeitung)

HIER ARBEITETE
ERICH BÖHLIG
JG. 1885
VERHAFTET 1944
KZ NEUENGAMME
TOT 3.5.1945
AUF DER 'CAP ARCONA'

Ca. 15.45 Uhr Kreuzstraße 51

HIER WOHNTE
EMIL SCHMEKEL
JG. 1888
VERHAFTET 1944
KZ NEUENGAMME
ERMORDET 22.11.1944
KZ BERGEN-BELSEN

Ca. 16.15 Uhr Klaus-Groth-Straße 18 (vor der Schule)

HIER LEHRTE
VON 1919-1929
LILLY WOLFF
JG. 1896
BERUFSVERBOT 1935
DEPORTIERT 1942
ERMORDET 1942 IN
RIGA

Ca. 17.00 Uhr Veranstaltung in der Aula (?) der Klaus-Groth-Schule

V.i.S.d.P.: Arbeitskreis Widerstand und Verfolgung im nationalsozialistischen Dithmarschen

Weitere Infos im Internet: www.stolpersteine-heide.tk

E-Mail: arbeitskreis1@gmx.net

Treffen des Arbeitskreises: jeden 1. Dienstag im Monat um 20.00 Uhr im Gemeindehaus St. Jürgen in Heide



Ist Dienen noch zeitgemäß?

Hat jemand mal was von freien Bürgern gehört, die sich individuell kleiden und überhaupt sowieso ihr Leben leben und niemandes Herr und auch kein Diener sind? Die es hassen in Schlangen zu stehen geschweige denn in Reih und Glied? Menschen, die die Bürgerrechte auf sich selbst anwenden, insbesondere das Recht auf Freiheit und dazu gehört auch die Freiheit, keinen Befehlen zu gehorchen?

Lange Vorrede. Kurzer Fakt. Ihr Gelöbnis bzw. ihren Dienstleid legen die Soldaten des Spezialpionierbataillons 146 aus Husum, des Fernmeldeaufklärungsabschnitts 911 aus Stadum und der III. Unteroffizierschule der Luftwaffe aus Heide ab. Eine schönere Kulisse gibt es für solch eine Zeremonie in einem Urlaubsort kaum: Die Soldaten werden am Hauptstrand aufmarschieren. Umgekehrt schon eher. Wenn zwischen Knobelbechern und Fallschirmgurten badende Kinder herumspringen, ist die ästhetik dahin. Was haben sich die Veranstalter dabei gedacht. Darauf stellte sich die Frage: Ist Dienen noch zeitgemäß? Ich sage: "Ja," rief Timm Hollmann, Hauptausschussvorsitzender von Büsum (CDU) über den Platz, denn gerade in einer Gesellschaft, da viele lieber konsumieren, als sich zu engagieren, sei es wichtig, seinem Staat, seiner Gemeinschaft, in der man lebt, Dienst tun zu dürfen. Ebenfalls rief Hollmann die Sturmfluten vor Büsum ins Gedächtnis. So hat er tief in der Mottenkiste gewühlt, der DJ mit dem Preußenbart. Er scheint sich schon lange in der Zeit zu irren.

Das konsumieren ist ganz aus der Mode gekommen, seit die Söhne und Töchter der Harz IV-Bedarfsgemeinschaften aus blanker Not zum Bund gehen, weil sie schon lange nicht mehr am Konsumbetrieb beteiligt waren. Dieser Staat ist garnicht ihrer und diese Gemeinschaft steht den Jugendlichen feindlich gegenüber, ihnen zu dienen ist weder zeitgemäß noch wichtig.

Einsatz in Kosovo, Bosnien und Afghanistan: Albersdorfer Soldaten verabschiedet.



Nein, Dienen ist nicht mehr zeitgemäß, sondern selbstständiges Töten und dafür die Verantwortung tragen (und vom Vorgesetzten geschützt werden). Das ist die Autobahn in die Hölle.

Die zweite Kompanie des ABC- Abwehrbataillons 610 hatte sich den Rocksong "Highway to Hell" der Band AC/DC für ihre kommenden Auslandseinsätze gewünscht. Standortpfarrer Klaus Struve meinte dazu, er wollte das eigentlich nicht kommentieren... . Insgesamt 97 Soldaten wurden bei dem Appell am 21.2.2006 verabschiedet. 71 als KFOR- Kontingent nach Kosovo und 3 EUFOR-

in Afghanistan ab Mitte November. Schwerpunkt sei die Sicherstellung der Widerstandsfähigkeit gegen atomare, biologische und chemische Waffen, so Kommandeur Oberstleutnant Thomas Haake. Rund die Hälfte der Albersdorfer Soldaten waren bereits im Auslandseinsatz. "Die Vorbereitung wird zur Routine, jeder hat eine Liste mit Punkten, die man einfach abhakt, sagte Stabsfeldwebel Arno Lauer. Dies war der letzte Verabschiedungsappell vor der Schließung Ende kommenden Jahres.

Wir wünschen uns zur Schließung ein Ende der Routine auf der Höllenautobahn. Hier ein paar Fotos von armseeligen Todgeweihten hoffnungsloser Mütter.

Nie wieder Krieg - Nie wieder Faschismus



Die Deutsche Marine feiert.

Vom 29. September bis zum 1. Oktober präsentiert sich die Deutsche Marine anlässlich ihres 50-jährigen Jubiläums in Kiel. Im Kieler Schloss findet ein zweitägiges Symposium der Studiengesellschaft der Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik e.V. zum Thema „Zukünftige Fähigkeiten und Ausrüstung der Marine“ statt. Hier treffen sich hochrangige Entscheidungsträger/innen aus den Bereichen Militär, Politik und Rüstungswirtschaft um „zu erwartende sicherheitspolitische, technologische und demographische Entwicklungen aufzuzeigen und darauf möglichen künftigen Bedarf und Entwicklungspotenziale für die deutsche Marine aufzuzeigen“. Erst vor kurzem hat Verteidigungsminister Jung Rüstungsvorhaben (Bau einer Fregatte, weitere U-Boote) mit einem Gesamtvolumen von 6 Milliarden Euro angekündigt. Am 1. Oktober findet ebenfalls im Kieler Schloss ein Festakt mit anschließendem Empfang statt, bevor die Feierlichkeiten mit einer Kranzniederlegung im Laboer Marineehrenmal abgeschlossen werden. Auch für den „Tag der deutschen Einheit“ am 3. Oktober, der dieses Jahr zentral in Kiel „gefeiert“ wird, hat die Marine Präsenz angekündigt.

Wir feiern nicht.

In atemberaubenden Tempo hat sich im letzten Jahrzehnt ein dramatischer Wandel der deutschen Militär- und Sicherheitspolitik vollzogen. Auslandseinsätze der Bundeswehr scheinen inzwischen Normalität und zu einem kaum mehr grundsätzlich hinterfragten Instrument der deutschen Außenpolitik geworden sein. Der Umbau der Bundeswehr von einer Verteidigungsarmee zu einer weltweiten Interventions-truppe ist längst praktische Politik. Aktuell soll dieser grundlegende Wandel in dem als „sicherheitspolitischen Programm der Bundesregierung“ konzipierten Weißbuch 2006 festgeschrieben werden. Die Neudefinition des Verteidigungsbegriffes und die angestrebte „Anpassung“ des Völkerrechtes, die praktisch jeder militärischen Intervention einen legalen Anstrich geben würde, sind derart weitreichend, dass sich das federführende Verteidigungsministerium mit ihrem Entwurf selbst innerhalb der Großen Koalition – vorerst – nicht durchsetzen konnte. Zur wirtschaftlichen Abhängigkeit Deutschlands heißt es wörtlich: „Verwerfungen im internationalen Beziehungsgefüge, Störungen der Rohstoff- und Warenströme, beispielsweise durch zunehmende Piraterie, und Unterbrechungen der weltweiten Kommunikation bleiben in einer interdependenten Welt nicht ohne Auswirkungen auf nationale Wirtschaftsstrukturen, Wohlstand und sozialen Frieden im Lande und damit auf unsere Sicherheit.“ Deshalb müssten Krisen und Konflikte rechtzeitig dort begegnet werden, „wo sie entstehen, und dadurch ihre negativen Wirkungen von Deutschland und seinen Bürgern möglichst weitgehend fernzuhalten.“ Bei dieser Konzeption kommt der Deutschen Marine eine zentrale Rolle zu.

Gründe genug, um uns an einem Antimilitaristischen Tag mit der Rolle Deutschlands bei der militärischen Aufrüstung der EU und der strategischen Neuausrichtung der Deutschen Marine zu beschäftigen und gemeinsam antimilitaristische Perspektiven zu erörtern.

Antimilitaristischer Tag

am Samstag, den 30. September 2006 in Kiel

Antimilitaristischer Stadtrundgang

10.30 Uhr: Tirpitzmole, Dauer: Ca. 2 Stunden

Der antimilitaristische Stadtrundgang beginnt beim Marinearsenal/Flandernbunker in der Wik und endet bei am Revolutionsdenkmal/ Kleiner Kiel. Der Weg über die Kiellinie gibt den Blick frei auf Rüstungsschmieden, militärische Einrichtungen, Kriegsdenkmäler, ein gesprengtes Mahnmal und Orte des erfolgreichen antimilitaristischen Widerstandes. Anhand verschiedener Ansichten wird die historische und aktuelle militärische Entwicklung Kiels ebenso deutlich werden wie Perspektiven des Widerstands.)

Vortrags- und Diskussionsveranstaltung

14.30 Uhr: Kommunikationszentrum Pumpe, Haßstrasse 22, Seminarraum

Dauer: Bis etwa 19.00. In der Pause werden Kaffee und Kuchen bereitgestellt. Kostenbeitrag: 2.-/3.-/5.-Euro.

Impulsreferate von

- ? Lühr Henken (Hamburg), Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag und des Hamburger Forums für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung e.V. zum Thema: „Made in Germany – Deutschlands Rolle bei der Militarisierung der EU“
- ? Rainer Grünkohl (Göttingen), Soziologe und Antimilitarist zum Thema „Von der Verteidigungsarmee zur weltweiten Interventionstruppe: der Beitrag der Deutschen Marine“

Anmeldung erbeten unter Kiel@avanti-projekt.de.

Der Antimilitaristische Tag ist ein Beitrag zu der internationalen Mobilisierung gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm im Juni 2007.

Veranstaltet von:



Avanti – Projekt undogmatische Linke, c/o Schwefelstrasse 6, 24118 Kiel, www.avanti-projekt.de /
Kiel@avanti-projekt.de
in Kooperation mit dem Anti-Kriegsbündnis Kiel

Kapitalismus oder Demokratie ? -- Wem gehört die Republik ? Daniela Dahn liest in Meldorf

Die Attac-Gruppe Dithmarschen, in Zusammenarbeit mit dem Peter-Panter-Buchladen und der „Werkstatt - Utopie und Gedächtnis“ e.V. aus Flensburg, lädt zu einer Lesung und Diskussion mit der Journalistin und Schriftstellerin Daniela Dahn ein.



Daniela Dahn wurde 1949 in Berlin geboren. Parallel zum Abitur absolvierte Sie eine Berufsausbildung bei der DEFA. Danach studierte sie Journalistik und arbeitete als Redakteurin beim Jugendfernsehen. Ihre Sendereihe wurde abgesetzt, nachdem ein unliebsamer Liedermacher aufgetreten war, und junge Stahlarbeiter über Lohnfragen diskutiert hatten. Da Dahn auch gegen die Ausbürgerung Wolf Biermanns protestiert hatte, fanden sich im Fernsehen zunächst keine Aufgaben mehr für sie.

Seit 1982 arbeitet sie als freie Schriftstellerin. 1987 erschien gleichzeitig in Ost und West ihr Kultbuch „Prenzlauer Berg-Tour“. Sie gehörte 1989 zu den Gründungsmitgliedern von „Demokratischer Aufbruch“, aus dem sie sich nach dem Wahlbündnis mit der CDU wieder zurückzog. 1998 kandidierte die parteilose Autorin auf Vorschlag der PDS als Laienrichterin für das Brandenburger Verfassungsgericht. Ihre Wahl scheiterte am Widerstand der SPD - Landtagsfraktion, die nach anfänglicher Zustimmung Zweifel an der Verfassungstreue der Dahn-Bücher erhob.

In ihren Nachwende-Büchern setzte sich Dahn kritisch mit den Demokratiedefiziten im Einigungsprozeß und der bundesdeutschen Verfassungswirklichkeit auseinander. In ihren jüngsten Büchern (zuletzt „Demokratischer Abbruch“, 2005) thematisiert sie den im wachsendem Tempo fortschreitenden Sozialabbau, die daraus erwachsende Bereicherung einer schmalen Oberschicht, sowie die schleichende Aushöhlung demokratischer Grundrechte.

Das Echo auf ihre Bücher ist, bis auf die FAZ („banales Amokläufchen“), durchweg positiv. Daniela Dahn wurde mit zahlreichen Preisen ausgezeichnet, zuletzt 2004 mit dem „Ludwig-Börne-Preis“ für literarische Publizistik. Zu ihrer Arbeit sagt sie: „Wer nicht versucht hat, sich einzumischen, soll nicht behaupten, es ginge nicht ... Schriftsteller sind nicht dazu da, Harmoniebedürfnisse zu erfüllen.“

Die Lesung, mit den Schwerpunktthemen Kapitalismuskritik, alternative Wirtschaftsordnung und Medienkritik, findet am 26. September um 19:30 Uhr im „Rosenzimmer“ der „Erheiterung“ statt. Karten gibt es im Vorverkauf im Peter-Panter-Buchladen zu 3,-€ (erm. 1,50€) oder an der Abendkasse.

Viele Grüße von den Meldorfer Bücher-Pantern !

< PREV

Erster Aufruf zu einer Großaktion unter dem Motto

"Für globale Bewegungsfreiheit"

und "Gleiche Rechte für Alle" ("freedom of movement" and "equal rights")

im Rahmen der Mobilisierung gegen den G8-Gipfel 2007 in Deutschland

"Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört." In diesem zentralen Slogan der "Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen" wird ausdrücklich ein Zusammenhang zwischen kapitalistischer Zerstörung einerseits und Flucht und Migration andererseits hergestellt. Die G8-Regierungen - wie auch WTO, IWF und Weltbank - tragen jedoch nicht nur die Verantwortung für neokoloniale Ausbeutungsverhältnisse im globalen Süden. Sie setzen vielmehr auch gezielt auf Prozesse verschärfter Auslese und Ausgrenzung in den nördlichen Teilen des Globus, auf Hierarchisierungen in rechtlicher, sozialer und politischer Hinsicht. Diese und weitere Entwicklungen - ob im Norden oder Süden - sind es, was uns von globaler Apartheid sprechen lässt. Als im Oktober 2005 Tausende Flüchtlinge und MigrantInnen kollektiv die Grenzzäune in Ceuta und Melilla stürmten, drangen die zentralen darin zum Ausdruck kommenden Forderungen nach globaler Bewegungsfreiheit und Teilhabe ("gleiche Rechte") für einen kurzen Moment ins Bewusstsein der allgemeinen Öffentlichkeit. Gleichzeitig traten auch die unmenschlichen und repressiven Maßnahmen des europäischen Migrationsregimes mehr als deutlich zu Tage: Todesschüsse, Internierungen, Massenabschiebungen und dergleichen mehr.



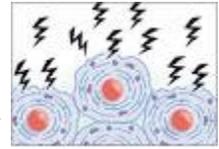
Freie Radikale Bremen

Seit vielen Jahren kämpfen wir gegen das brutale EU-Grenzregime, gegen Abschiebungen, gegen rassistische Kontrollen wie z.B. die "Residenzpflicht", gegen Lager etc.. Insbesondere der Widerstand gegen Lager und Abschiebeknäste hat an Bedeutung zugenommen, seit das Lagersystem nicht nur innerhalb der EU ausgebaut sondern sogar "externalisiert" wird, also vorverlagert z.B. in Länder wie die Ukraine, Libyen oder Tunesien. Als antirassistische Netzwerke werden wir unsere Kämpfe gegen diese Politik fortsetzen, 2006 z.B. mit weiteren NoLager-Aktionen, aber auch auf der alltäglichen

Ebene dadurch, dass wir den permanenten Prozess unterstützen, mit dem das rassistische Migrationsregime Jahr für Jahr hunderttausendfach unterlaufen wird. Globale Bewegungsfreiheit (freedom of movement) war bereits der zentrale Slogan einer migrationsbezogenen Großdemonstration während der Anti-G8-Mobilisierung in Genua 2001. Für Bewegungsfreiheit und Bleiberecht lautete im April 2005 auch das Motto des europaweiten Aktionstages, der auf dem Dritten europäischen Sozialforum in London beschlossen und entsprechend in der dortigen Abschlusserklärung festgehalten

worden war.

Wir wollen diesen und ähnlichen Beispielen folgen und schlagen deshalb vor, im Rahmen der Anti-G8-Aktivitäten 2007 zu einer erneuten Großaktion aufzurufen, wahrscheinlich in Form einer Großdemonstration einen Tag vor dem Beginn des Gipfels, auf jeden Fall mit den zentralen Forderungen nach globaler Bewegungsfreiheit und gleichen Rechten (und womöglich weiteren Slogans). Hiermit laden wir die verschiedenen Netzwerke und Organisationen, die an den kommenden Protesten gegen den G8 beteiligt sein werden, dazu ein, diesen Vorschlag aufzugreifen und damit unser Anliegen zu unterstützen, globale Bewegungsfreiheit und gleiche Rechte gegen das weltweite Apartheidregime zu einer zentralen Säule der gemeinsamen Anti-G8-Mobilisierungen zu machen. Im Gegenzug bedeutet das für uns natürlich auch, dass wir Schwerpunkte und Forderungen anderer Netzwerke ebenfalls unterstützen wollen. Denn genau in solchen Querverbindungen und Kooperationen liegt unser Interesse an einer starken und gemeinsamen Anti-G8-Mobilisierung.



NoLager-Netzwerk im Dezember 2005 <http://nolager.de/> Weitere ErstunterzeichnerInnen: Karawanegruppe Bremen, Karawanegruppe München, Antirassismusplenum Göttingen, kein mensch ist illegal Hamburg, Kanak Attak Hamburg, Aktionsbündnis gegen Abschiebung Rhein-Main, Bürengruppe Paderborn, Initiative gegen das Chipkartensystem Berlin, kein mensch ist illegal Hanau

Aus dem Film gegen den G8- Gipfel in Moskau



< PREV

Hallo liebe Freundinnen und Freunde, im zuge des 3. europäischen Aktionstag zu Migration am 7.10. organisiert das Thüringer Anti-G8 Plenum eine

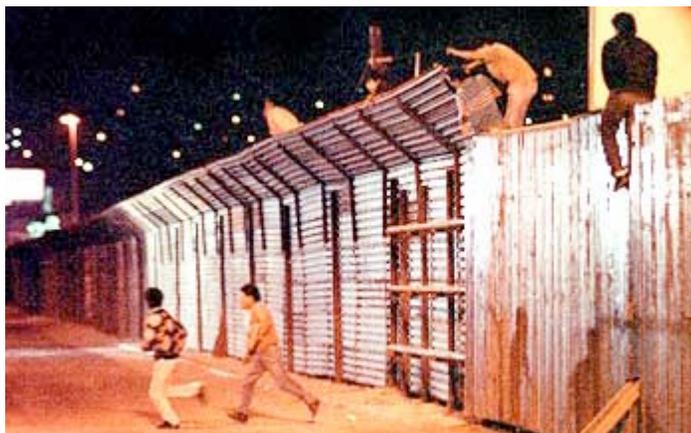
Veranstaltungsreihe zu G8, Flucht und Migration

vom 21. September bis zum 7. Oktober 2006.

Enden soll diese mit einer Kundgebung vor dem Flüchtlingsheim in Freienbessingen am 7.10. bei der die Flüchtlinge in ihrem konkreten Kampf unterstützt, und die Abschiebepraktiken und Flüchtlingspolitik der BRD in einen globalen Zusammenhang gebracht werden soll. Wir bitten um Unterstützung und eine zahlreiche Teilnahme an den Veranstaltungen, insbesondere an der Kundgebung am 7. Oktober. weiter Informationen: www.bergsteigen.net.tc Kontakt: bergsteigerinnen@riseup.net

----- Die Veranstaltungen -----

21.09.06 - Offene Arbeit Erfurt - 20:30 Uhr
Film: Zwischen Asyl und Abschiebung - Eine Dokumentation über das Leben in Flüchtlingswohnheimen Beispiele von vielen Menschen ergreifen das Wort und erzählen von ihrem Alltag in deutschen Asyl-Unterkünften. "Wir werden hier mit unseren Problemen an einem abgelegenen Ort völlig allein gelassen." Sie schildern, wie ihr Wunsch, ein selbstbestimmtes Leben zu führen, bei den deutschen Behörden immer wieder an Grenzen stößt - aber auch, wie sie versuchen, daran nicht zu zerbrechen oder sich dagegen auflehnen. Ein beliebiges Lager in einem (fast) beliebigen Landkreis... Der Respekt vor den Menschen und ihren Rechten gerät in Vergessenheit, aber nicht ganz! Ein Film von Cine Rebelde in Zusammenarbeit mit SAGA - Südbadisches Aktionsbündnis gegen Abschiebung -----



26.09.06 - RedRoxx Erfurt - 19:30 Uhr Film: KanalB Nr.: 28 - Festung Europa Die spanischen Enklaven Ceuta und Melilla waren schon immer ein wichtiger Anlaufpunkt für afrikanische Flüchtlinge. Seit es durch die verstärkte Überwachung der südspanischen und der kanarischen Küsten immer schwieriger wird mit bateras (selbstgebauten Booten) auf EU-Land zu kommen, haben die Versuche die Grenzzäune zu überqueren [...] stark zugenommen. Im Film kommen Migrantinnen in Benyounes, einem kleinem Dorf nahe der europäischen Aussengrenze von Ceuta in Marokko, Nordafrika, zu Wort und schildern warum sie sich auf den Weg gemacht haben und wie ihre Situation vor Ort ist. (Die deutsche UT Version wurde im Auftrag vom Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V erstellt). -----



29.09.06 - F.R.E.I.fläche Erfurt - 20:00 Uhr Vortrag: Residenzpflicht - Ein rassistisches Sondergesetz 'Die Apartheid ähnliche Residenzpflicht existiert seit 1982 und nur in Deutschland. Sie verbietet Flüchtlingen, den ihnen zugewiesenen Landkreis, in dem sie leben, zu verlassen. Sie können ihren Landkreis nur mit einer Erlaubnis, dem 'Urlaubsschein', der ihnen zugewiesenen Ausländerbehörde verlassen.' So heißt es am



Anfang eines Textes der Flüchtlingsorganisation 'The Voice' zum Problem Residenzpflicht. Der Vortrag behandelt den Ursprung des Gesetzes, die Art und Weise der Polizei- und uristischen Verfolgung und die fatalen Auswirkungen auf die Flüchtlinge. (mit The Voice Refugee Forum) -----

03.10.06 - Allerheiligenstraße Erfurt - 13:00 Uhr Straßenfest: Tag der Einheit der Menschen Am 3. Oktober, dem Tag der Deutschen Einheit, steht traditionsgemäß unser Land, seine jüngere Geschichte und Kultur, im Mittelpunkt von kleinen und großen, offiziellen und öffentlichen Veranstaltungen. Die bei uns lebenden Ausländerinnen und Ausländer erleben diesen Tag meist als Außenstehende, sie werden häufig nicht angesprochen oder einbezogen. Ihre Erfahrungen in Deutschland, ihre Nöte, Wünsche und Rechte werden selten als Teil unseres kulturellen und politischen Alltags verstanden und an einem solchen Tag aufgegriffen. Für uns ist deshalb dieser Tag eine besondere Gelegenheit, auf die Situation von Bürger(innen) ohne deutschen Pass aufmerksam zu machen. Dies machen wir auch dieses Jahr wieder im Rahmen eines bunten Straßenfestes mit Informationen, Aktionen, Musik und Workshops in Kooperation mit einer Vielzahl von Partnern. -----

07.10.06 - Freienbessingen - 15:00 Uhr Kundgebung: Wir sind hier, weil ihr dort seid Während Otto Schily die Forderung nach zentralen 'Auffanglagern' in Nordafrika aufstellt, und die Militarisierung der EU-Außengrenzen vorangetrieben wird, führen die EU-Staaten, allen voran Deutschland, Kriege in aller Welt, um Rohstoffe und Absatzmärkte, und zwingen damit erst Menschen zu Flüchtlingen zu werden. Als Asylbewerberinnen und Asylbewerber in der BRD unterliegen sie, für die oft mehrjährige Dauer des Asylverfahrens, einer langen Reihe rassistischer Sondergesetze und schikanöser staatlicher Maßnahmen, die die Ausgrenzung und Isolation von Flüchtlingen bezwecken: Gutscheine, Residenzpflicht, Illegalisierung, Isolation, ständige Angst vor drohender Abschiebung-nur einiges, mit dem hier lebende Flüchtlinge zu kämpfen haben. In Freienbessingen befindet sich eine sog. 'Sammelunterkunft', eine von vielen in Thüringen. Wir fordern Bleiberecht für alle, Stop von Abschiebungen! -----

07.10.06 - Besetzten Haus Erfurt - 21:21 Uhr Party: Bewegungsfreiheit proben! Zum Abschluss der Veranstaltungsreihe soll die Freiheit der Bewegung gleich ausprobiert werden.

----- bergsteigerinnen@riseup.net www.bergsteigen.net.tc



Szene aus dem G8- Gegner Film

< PREV

Coordination gegen BAYER-Gefahren Presse-Information vom 13. September 2006 Brief an europäische Lebensmittelbehörde EFSA:

'EU darf keine Import-Genehmigung für Gen-Reis von BAYER erteilen'

Die Coordination gegen BAYER-Gefahren hat heute in einem Brief an die European Food Safety Authority (EFSA) gefordert, keine Import-Genehmigung für gentechnisch veränderten Reis zu erteilen. Der BAYER-Konzern hatte im Jahr 2003 bei der EU eine Import-Zulassung für Reis der Sorte LL 62 beantragt. Die Sorte ist resistent gegen das von BAYER produzierte Herbizid Liberty Link mit dem Wirkstoff Glufosinat. Ende August war bekannt geworden, dass in den USA eine ebenfalls gegen Glufosinat resistente Reis-Sorte in den Handel gelangt war. Der Langkorn-Reis mit der Bezeichnung LL 601 ist nirgendwo auf der Welt zum Verzehr zugelassen, die gesundheitlichen Risiken für Verbraucherinnen und Verbraucher sind unbekannt. Recherchen von Greenpeace deckten Anfang der Woche auf, dass auch in Deutschland Kontaminationen mit LL 601-Reis auftraten, unter anderem in Produkten des Discounters Aldi.



Bauerndemonstration endet mit Festnahmen

Philipp Mimkes von der Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG): 'Der Fall bestätigt alle Befürchtungen: eine gentechnisch veränderte Reis-Sorte landet im Handel, ohne dass die gesundheitlichen Risiken bekannt wären oder eine Genehmigung erteilt wäre. Dies muss Konsequenzen für die Zulassung von Gen-Reis in der EU haben'. Insgesamt neun EU-Mitgliedsstaaten hatten Bedenken gegen Liberty Link-Reis geäußert, weswegen die EFSA bis heute keine Zulassung erteilt hat. Die CBG fordert die Bundesregierung auf, sich bei der EFSA gegen eine Importgenehmigung von LL 62-Reis stark zu machen. Neben den Risiken für die Konsumenten stehen bei der Zulassung von Gen-Reis die Auswirkungen in den Anbauländern, vornehmlich in Asien, im Blickpunkt. Philipp Mimkes: 'Millionen Bauern in den Ländern des Südens, die bislang durch Tausch und Eigenzüchtungen ihr Saatgut selbst produzieren, drohen in Abhängigkeit von multinationalen Konzernen zu geraten - die Verwendung ihrer Ernte als Saatgut wäre wegen des Patentschutzes künftig verboten. Durch den bereits in der "grünen Revolution" beobachteten Konzentrationsprozess würden Millionen Landwirte ihre Existenz verlieren und in die Elendsgebiete rund um die Metropolen abwandern. Zudem würden durch Auskreuzungen einheimische Sorten verdrängt' mit dramatischen Konsequenzen für die Biodiversität und die weltweite Ernährungssicherheit.'

Aus einem Vortrag von Erwin Rehn:

(Waldschlösschenstraße)...da ist erstmal das Haus von Hans Groß, dem Kunstmaler, der hat für den dithmarscher Geschlechterbund die Wappen gemalt - hat mit Thomsen, dem Sippenforscher, zusammen verlorene Wappen wieder aufgefunden, bzw. neu geschaffen, und zeichnete auf Wunsch auch Stammbäume, die damals sehr gefragt waren. Wegen seiner Verdienste um die NS- Kunst wurde er zum Professor ernannt.

Künstler mit spezieller Biografie

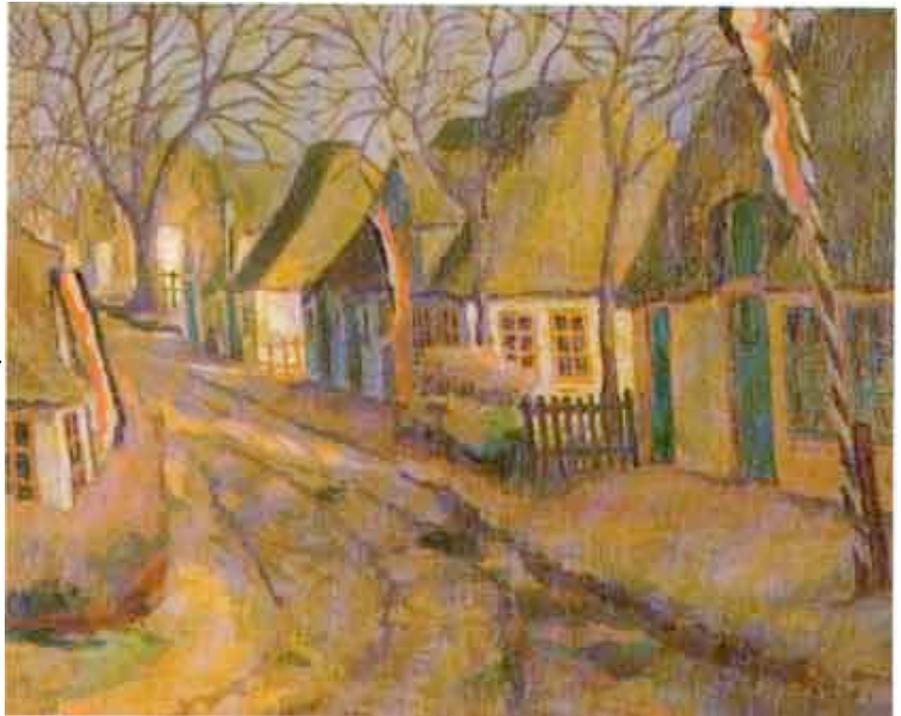
Kirchengemeinde will Hans Gross' Zeit in Pahlen beleuchten

Von Martin Köhm. - DLZ 29.7.06: Pahlen - Hans Gross war ein Künstler, dessen Werke sich einer beachtlichen Reputation erfreuen. Hans Gross war aber auch früher Parteigänger des Nationalsozialismus und Nutznießer des Dritten Reiches. In Pahlen wird eine Ausstellung über den prominenten Sohn der Gemeinde geplant.

1892 kam Gross zur Welt. Zu seinem 100. Geburtstag widmete das Landesmuseum in Meldorf ihm eine Ausstellung unter dem Titel: "Hans Gross - 1892-1981 - Aspekte eines umstrittenen Künstlers". Martin Gietzelt, Leiter des Vereins Volkshochschulen in Dithmarschen, erinnert sich: "Das war die erste, die Leben und Werk von Hans Gross kritisch beleuchtet hat." Museumsleiter Wolf Dieter Könenkamp würdigt den Maler im Katalog zur Ausstellung als "wohl bedeutendsten Dithmarscher Künstler der ersten Jahrhunderthälfte.

Hans Gross verband nach dem Ersten Weltkrieg strengen Protestantismus, enge Verbundenheit zu seiner Heimat Dithmarschen und völkischen

Nationalismus. Diese Mischung verband ihn mit seinem väterlichen Freund und Mentor Adolf Bartels. Gross wurde früher Parteigänger der NSDAP; **1930 trat er der Partei Adolf Hitlers bei.** Im Herbst 1933 zierte ein von Gross entworfener Wulf Isebrand mit Hakenkreuz auf dem Schild die Titelseite der 1920 von Groß gegründeten Zeitschrift 'Dithmarschen'. Hans Groß war eindeutiger Parteigänger des Nationalsozialismus," fasst Gietzelt zusammen. "Er hat in diesem System Karriere gemacht. Andererseits hat er keine Dinge getan, die man ihm hätte zur Last legen können."



Tatsächlich macht Groß **auf Parteebene seinen Weg als Kreiskulturwart und Kreiskulturhauptstellenleiter**, erhielt auch eine Professur an der neuen nordischen Kunsthochschule in Bremen - als Künstler hielt sich seine Anerkennung durch das Regime in Grenzen. 1937 wurden frühe expressionistische Werke sogar als "entartete Kunst" aus Museen in Kiel, Wuppertal und Weimar entfernt. Von zwölf grossen Ölgemälden mit Darstellungen aus dem Leben Christi und Martin Luthers wurden ebenfalls zehn durch die Aktion "Entartete Kunst" in Heide zerstört, schreibt die Tochter und Alleinerbin von Hans Groß, Frauke Grohs- Collinson. Frauke Grohs- Collinson warnt davor, ihren Vater mit dem Prädikat "umstritten" zu versehen. Auf Anfrage unserer Zeitung schrieb sie per E-mail zu Groß' Rolle im 3.Reich (frei übersetzt aus dem Englischen): "Wer hat das unparteiische Wissen, diesen Künstler wirklich zu kennen? Können sie richtend den Finger erheben? Ich glaube nicht, dass das irgendjemand kann."



Am 20. August soll in Pahlen anlässlich des Kirchenjubiläums - die Dankeskirche wird 80 Jahre alt - eine Ausstellung über Hans Gross eröffnet werden. "Das Thema ist hier ganz klar Pahlen in den 20-er Jahren. Es geht nicht nur um Gross," stellt Pastor Dr. Dietrich Stein, der am 20. August in Pahlen predigen 'wird, klar. So wurden auch Auszüge aus dem um 1908 verfassten Schreiben eines Lehrers unter dem Titel Spaziergang burch Pahlen" verlesen. "Unser Ziel ist es, im Rahmen unseres 80-jährigen Kirchenjubiläums den Künstler, der unsere Kirche maßgeblich geprägt hat, Aufmerksamkeit zu schenken. In seinen eigenen Worten beschreibt Hans Groß, dass sich mit dem Ort Pahlen Erinnerungen an die Kindheit, die Eltern und so weiter verbinden," erklärt Pastorin Evamaria Drews die Motivation der Gemeinde: "Deshalb sehen wir an dieser Stelle auch die Möglichkeit, **vom Künstler einen Bogen zu unserer Gemeinde und ihrer Geschichte zu schlagen**. Dies soll in unserer Ausstellung ein Schwerpunkt sein."

Es geht also auch um das Pahlen, in dem Hans Gross damals groß wurde." Pastor Dr. Stein, Vorsitzender des Vereins für Dithmarscher Landeskunde, ist selbst Kunsthistoriker: "Ich kenne mich ganz gut mit

Hans Gross aus. Er hat eine spezielle Biographie, die aufgearbeitet werden müsste, ähnlich wie im Fall Gustav Frenssens." Eine solche eingehende Aufarbeitung wäre von der Gemeinde Pahlen aber nicht zu leisten", meint Dr. Stein. In der geplanten Ausstellung sieht er kein Problem: "Da hat die Gemeinde einen guten Weg gefunden. Vielleicht führt die Ausstellung ja zu einer intensiveren Beschäftigung mit Gross". Die enge Verbindung von Gross zu seiner Heimat zeigt sich auch darin, dass er die Dankeskirche mit zwei Kunstwerken ausstattete: Ein Bildnis des "letzten Abendmahl" und ein Glasfenster, das die Anbetung des Christkinds durch die Hirten zeigt. "Eine tolle Sache" findet Dr. Stein. Ich bin sehr gespannt auf den Gottesdienst" blickt Dr. Stein voraus. In seiner Predigt werde es vor allem um "Pahlen und Hans Groß" gehen. "Ich werde aber auch über diesen Themenkomplex hinausblicken."

Der "Maler" Hans Groß

1. Buchbesprechung

Kay Dohnke über Bärbel Manitz und Thomas Greifeld (Hrg.): KuNSt ohne Museum. Beiträge zur Kunst in Schleswig-Holstein 1933 - 1945. Heide: Verlag Boyens & Co. 1993. 290 S. m. zahlr. Abb.

Elisabeth Vorderwülbecke liefert eine präzise Einzelstudie zum "Altar der Arbeit" des Heider und später Bremer Künstlers Hans Groß.

Ausführlich wird das Bemühen demonstriert, die in Frage stehenden Objekte mit dem Instrumentarium einer fast formelhaften Fachsprache möglichst exakt, "objektiv" zu beschreiben, was letztlich aber nur dann gelingt, wenn ein Bild, ein Haus, ein Gegenstand dem Laien auch im Foto gezeigt wird (denn was soll man sich etwa unter "Die Backstein-Plattenrustika an den etwas stumpf-steilen Eingangsrisaliten nur noch harte Reduktionsformen der traditionellen barocken Querrustika" (S. 160) vorstellen?). **Fast immer nebulös bleiben aber ideologische Charakteristika**, wohlgemerkt vor dem zeitgeschichtlichen Hintergrund. Zwar werden mit großer verbaler Geste immer wieder Verbindungen zur Weltanschauung jener Zeit unterstellt, doch kommt der Nachweis nicht zustande, da der konkrete Reflex auf die Kultur und Kulturpolitik während der nationalsozialistischen Herrschaft trotz vereinzelter Nennung von Namen oder Ereignissen meist zu kurz kommt.

Und hier liegt denn auch das Hauptdilemma des Bandes: überwiegend wird ahistorisch argumentiert, fehlt die konkrete Einbettung in die politischen Geschehnisse. Kunst in Schleswig-Holstein - war das wirklich eine "reine", schöpferische, ideologie- und politikfreie Betätigung, über die 1933 gnadenlos die Nazis herfielen?

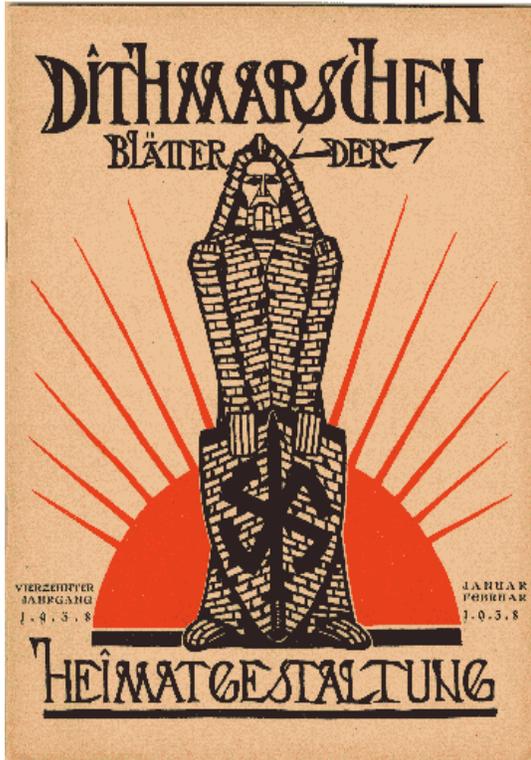
Und so treten die politische und die Kulturgeschichte nur selten hervor, jener Hintergrund, auf den die Diskussion der sich wandelnden Formen, Motive, Techniken doch projiziert werden müßte, wenn die hier präsentierten Ausführungen ein Beitrag zur Erhellung historischer Vorgänge und Zusammenhänge sein sollten.

Vom "Nordischen" ist da die Rede, vom "Niederdeutschen", von "Heimatkunst", vom "Urgermanischen" und eben von der "Scholle". Gewiß alles Faktoren, die in einer solchen überblicksdarstellung wichtig sind, nur erkennt Manitz nirgends deren eminent ideologischen Charakter; sie beschreibt diese Leitgedanken aus dem Verständnis damaliger, vor-nationalsozialistischer Zeit, nimmt für



gegeben an, was unbedingt differenzierter Ideologie-Kritik bedürfte.

Hier zeigt sich nicht nur ein seltsames Verständnis von der "Kunst an sich", die offenbar im politikfreien, nicht-gesellschaftlichen Raum gedeiht und erst nach dem Übergriff der Herrschenden ideologisch wird; hier offenbart sich dazu die zu enge Sicht, die auch den Künstler als ungeschichtliches Wesen versteht und übersieht, daß jegliche kulturelle Produktion stets eine Stellungnahme im politischen Diskurs der Zeit ist. Das mag vielleicht stimmen - nur daß solche **ideologischen Elemente nicht nur von der "regionalen Kunstszene" aufgenommen, sondern auch sehr aktiv mit hervorgebracht wurden!**



Als Kunst im Nationalsozialismus kann dieser Aufsatz jedoch nicht mehr angesehen werden, wenn man sein dubioses Fazit liest, in dem Manitz die "historische Verantwortung" anspricht: "möglicherweise", so ihre Vermutung, "gibt es - zumindest im künstlerischen Bereich - so etwas ähnliches wie eine 'Ungnade der zu frühen Geburt' für jene Künstlergeneration, die um 1880 bis 1900 geboren wurde." (S. 45) Diese These bedeutet in letzter Konsequenz nichts Geringeres als die **Entmündigung der Künstler hinsichtlich ihrer politisch-ideologische Beiträge - mit solchen Phrasen wird die Verantwortung der historisch Handelnden endgültig aufgehoben, Geschichte entpersonalisiert, zum Schicksal mystifiziert.**

2. Ausstellung

Der Versuch, eine Kunstgeschichte aufzuarbeiten

„Bilder eines Jahrhunderts“: Ausstellung in der Marner „Kultursporthalle“ geplant

Von Sönke Dwenger

Marne: Wieder einmal ist Rainer Klose der Motor eines Projektes, das überregional Aufsehen erregen soll. Die Idee ist allerdings schon zwei Jahre alt und stammt von dem Maler Claus Vahle, der bis vor einem halben Jahr in Marne lebte: „Bilder eines Jahrhunderts“ wird die Kunstaussstellung heißen, die Klose voraussichtlich am 2. September 2000 eröffnen wird, und zwar möglichst im Rahmen der „Landeskulturtag“, die nach Informationen von Rainer Klose vom 1. bis 3. September in Dithmarschen stattfinden. Gezeigt werden sollen die Werke vom 2. bis 24. September 2000 in der „Kultursporthalle“ der Marner Realschule. Weitere Einzelheiten will Klose noch nicht verraten: „Vieles ist noch in der Schweben; ein weiteres Vorgehen könnte zu Komplikationen führen.“ Unter „Region“ versteht das Geldinstitut in erster Linie Dithmarschen, darüber hinaus aber auch die gesamte Westküste. Der Hauptakzent wird auf das 20. Jahrhundert gelegt sowie auf Künstler, die in der Region geboren wurden. Also finden wir die Namen Nikolaus Bachmann, Willy Graba, Adolf von Horsten, Hans Gross, aber natürlich auch Gertrud von Hassel, Gerhard Hermanns, Jens Rusch und Reinhardt Guldager.

3. Ausstellung

Ausstellung "Typisch Dithmarscher" von vorn

Wichtige Ausstellungstexte: Wen rechnen die Dithmarscher zu ihren "Großen"?

Wenn es ihnen um ihre Großen geht, sind Dithmarscher großzügig. Während viele Flüchtlinge oft noch nicht einmal in der zweiten Generation dazugerechnet wurden, zählt Wulf Isebrand, der Held von Hemmingstedt 1500, natürlich dazu, obwohl er sich aus den Niederlanden nach Wöhrden eingeheiratet hatte. Sogar der Komponist Johannes Brahms, der Dithmarschen vielleicht nie betreten hat, gilt für die Dithmarscher als einer der Ihren - sein Großvater war als Lumpenhändler nach Heide geraten, sein Vater in seiner Jugend schon nach Hamburg gezogen.

Karl Müllenhoff (1818-84) aus Marne, der große Sammler schleswig-holsteinischer Sagen und Märchen, später in Kiel
Der Komponist Joh. Brahms (1833-97), für Heide beansprucht

Klaus Groth, der bedeutendste niederdeutsche Dichter (1819-99) aus Heide, später Professor in Kiel

Wulf Isebrand, der Held der Schlacht bei Hemmingstedt 1500, durch H. Groß zum nationalsozialistischen Idol stilisiert

Gustav Frenssen (1863-1945), Pastor aus Barlt, später erfolgreicher Romancier ('Jörn Uhl'), verfiel zuletzt dem Nationalsozialismus

Claus Harms (1778-1855), streitbarer evangelischer Prediger aus Fahrstedt bei Marne, förderte als einer der ersten die niederdeutsche Sprache

Der Dramatiker Friedrich Hebbel (1813-63), geboren in und geflohen aus Wesselburen, in Wien erfolgreich



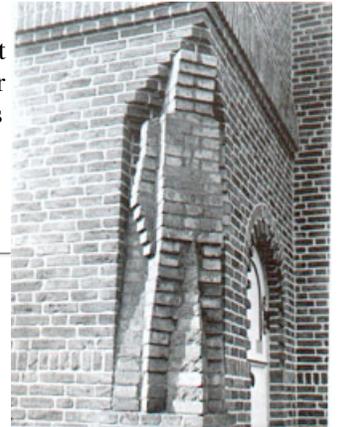
- Wen der folgenden nicht mehr lebenden Dithmarscher zählen Sie zu den 'Großen'? Markieren Sie ihn mit einem Klebepunkt!
- Nicolaus Bachmann, Maler und Bildhauer
- Hermann Glüsing, Bauer und Politiker
- Willi Graba, Maler
- Hans Gross, Maler und Grafiker
- Claus Heim, Renaissanceschnitzer
- Barthold Georg Niebuhr, Historiker
- Peter Swyn, Regent
- Gustav Adolph Thomsen, Bauer und Politiker

© Volker Arnold, zuletzt geändert am: 10/20/2005 09:58:25

< PREV

Mrugalla, V. Groß und andere Grauzonen

Jens Rusch: Diesen Beitrag habe ich gerade im www.dithmarschenforum.de gepostet. Der Beitrag über Mrugalla und Holger Lichty war dort gelöscht worden, deshalb habe ich ihn erneut eingestellt. Ich erhielt gerade ein mail von der Tochter von Hans Groß Frau Frauken Grohs Collins aus Alabama in dem sie mir mitteilt, daß E. Mrugalla im Auftrag des Sohnes von Hans Groß, Herrn Volker Groß Arbeiten des Vaters nachgemacht habe, damit er (Volker Groß)diese illegal veräußern könne. Wir gehen der Sache jetzt nach und recherchieren darüberhinaus auch in eine weitere Richtung, die einen überaus kriminellen Charater aufzeigt.



Da der nachstehende Beitrag hier im Forum ins Archiv verschoben wurde, aber in Bezug auf die Bewertung der Situation weiterhin relevant ist, erlaube ich mir, ihn an dieser Stelle erneut einzustellen :

erstellt am: 31. Oktober 2003 18:47 Ansicht des Profils von Jens Rusch Homepage des Benutzers Editieren/Löschen des Beitrags Antwort mit Zitat Reizwort "Mrugalla" und Watschenmann Holger Lichty

Daß das Nachahmen von in keiner Weise selbst erarbeiteten künstlerischen Leistungen zu Anerkennung und Ehre reichen soll, will mir nicht in den Kopf. Wer weiß, welche Entbehrungen und welch langwieriger Prozess in der Regel zu Kunstwerken führte - und sich dann vor Augen führt, daß diese Vorleistungen an einem Wochenende mehr oder weniger ähnlich nachgepinselt wurden. Es wird heute kurioserweise als wenig ehrenrührig empfunden, Prädikate wie "Fälscher" zu verteilen. Einen Menschen mit offenem Sinn muß das mit Abscheu erfüllen.



Es bedurfte eines extrem kritiklosen Umfeldes, damit aus dieser Bezeichnung dann sogar eine noch absurde Wortschöpfung wie "Meisterfälscher" werden konnte.

Und dieses Umfeld schießt sich nun auf den ersten Besten ein, der seine Stimme mit klärender Absicht erhebt. Es hat Holger Lichty getroffen, weil er sein Lindenblatt im Drachenblut durch das Organisieren gewollt umstrittener künstlerischer Aktionen offen dargeboten hatte. Es hätte aber auch jeden anderen treffen können der den Mut zur Klarstellung verzerrter Verhältnisse hat, und es wird nun sicherlich auch mich treffen, wenn ich ihm ausdrücklich meine Solidarität zusichere.

Wer andere Künstler abmalt, ist kein Künstler, basta. Mit seinem Standpunkt hat Lichty ganz einfach Recht. Wer sich wie Mrugalla in seinem Rechtfertigungsdrang darauf kapriziert, "die wären ja alle längst verstorben", die Lieferanten seiner "VorBilder", gibt zu erkennen, daß er

die Kritik der Urheber fürchtet. Was Mrugalla macht, macht jeder Hobbymaler, und viele sogar wesentlich besser.

Wer das dennoch akzeptiert, gibt zu erkennen, daß er von Kunst nicht das Geringste versteht. >Wer Mrugalla in einer anderen Liga als der schlitzohrig verkaufter Nachäfferei ansiedelt, akzeptiert Unredlichkeit und Peinlichkeit. Ich sehe in Mrugallas "Werken" weder eine handwerkliche Meisterschaft, noch eine besondere Originalität. Diese Prädikate seiner selbstgestrickten Legende halten keiner noch so oberflächlichen Überprüfung stand. Peinlich, wer kritiklos darauf hereinfällt. Extrem peinlich, wenn dann dafür sogar noch bezahlt wurde. Würde er eine objektive Bewertung seines "Handwerkes" suchen, dann würde ich ihm empfehlen, doch einmal ein Werk eines lebenden Künstlers nachzumalen und es dann von diesem bewerten zu lassen. Der könnte sich dann allerdings noch wehren.....

Jens Rusch

Kulturpreisträger _____ Hauptseite : www.jensrusch.de



Pressemitteilung zur sofortigen Veröffentlichung Flensburg In den Morgenstunden des 03.09.06 wurde von Unbekannten ein **Brandanschlag am autonomen Wohnprojekt HC159 Hafermarkt in Flensburg**

verübt. Die Täter schleuderten gegen 06.15h zwei bis drei mit brennbarer Flüssigkeit gefüllte Flaschen ("Molotow-Cocktails") gegen 3 auf dem Parkplatz neben dem Gebäude an der Heinrichstrasse stehende Wagen, von denen einer direkt an der Hausmauer parkte. Dabei verfehlten die Wurfgeschosse die Autos nur knapp oder prallten von ihnen ab, so das der Inhalt beim Auftreffen auf den Betonboden barsten und der Inhalt größtenteils dort verbrannte. Dabei wurden zwei der parkenden Autos durch umherspritzende Flüssigkeit beschädigt, der Reifen eines Wagens fing Feuer. Außerdem fing durch einen Brandsatz, der gegen das dicht am Gebäude stehendes Fahrzeug gerichtet war, eine große Holztür des Wohnprojektes Feuer. Die Brandherde konnten jedoch von einem der Bewohner, der durch den Lärm geweckt wurde, noch vor Eintreffen der Feuerwehr gelöscht werden, die aufgrund der starken Rauchentwicklung von Anwohnern gerufen worden war.



Nur durch dieses schnelle Eingreifen konnte größerer Schaden verhindert werden, bevor sich das Feuer weiter entwickeln konnte. Die Täter haben gezeigt, dass sich ihr Angriff nicht nur gegen die parkenden Wagen, sondern direkt gegen das Wohnprojekt richtete, da sie ein übergreifender Flammen auf das Wohngebäude, in dem zu diesem Zeitpunkt mehrere Personen schliefen, billigend in Kauf nahmen oder vielleicht sogar hervorrufen wollten. Anders ist der Brandsatz auf das direkt am Gebäude parkende Fahrzeug nicht zu interpretieren. Der Hintergrund der Tat wird von den Bewohnern im rechtsextremen Milieu vermutet, aus dem in den letzten Monaten wiederholt Drohungen gegen das Wohnprojekt ausgesprochen wurden, die jedoch bisher höchstens in Flaschenwürfen gegen die Gebäude mündeten.

HC159 e.V. _____ *rhizom mailing list*
rhizom@lists.nadir.org <https://lists.nadir.org/cgi-bin/mailman/listinfo/rhizom> -----

< PREV

*Der Treffpunkt für Migrantinnen und Migranten in Dithmarschen
feiert auch in diesem Jahr im Rahmen der Interkulturellen Woche 2006
ein interkulturelles Fest:*



wann: am Freitag den 29.09.06 von 15:00-19:00 Uhr

wo: im Kunsthaus der Brücke Dithmarschen e.V, Neue Anlage 23-25 in Heide

mit:

*Musik, Bildern,
Informationen und Köstlichkeiten aus verschiedenen Ländern*

Spiel und Spaß für Kinder

und vieles mehr...

[< PREV](#)

Aufruf zur Demonstration in Hamburg am transnationalen MigrationsAktionsTag am Samstag, den 7.10.06 um 14 Uhr ab Hamburg-Hauptbahnhof (Ausgang Glockengießerwall)



In vielen europäischen und afrikanischen Ländern rufen Flüchtlings-, MigrantInnen- und Menschenrechtsorganisationen für den 7. Oktober zu einem Aktionstag gegen die restriktive und menschenfeindliche europäische Migrationspolitik auf. Beschlossen wurde dies auf dem **Europäischen Sozialforum (ESF)**, zu dem sich im Mai ca. 15.000 Menschen in Athen versammelten.

Mit unserem Aufruf knüpfen wir direkt an eine Erklärung des **Weltsozialforums (WSF)** in Ba-

- *Für eine bedingungslose europäische Legalisierung und gleiche Rechte für alle*
- *Für die Schließung aller Internierungslager in Europa und überall*
- *Für ein Ende aller Abschiebungen und des Externalisierungsprozesses (Aus-Lagerung der Grenzkontrollen und Selektionsverfahren)*
- *Für eine Entkopplung der Aufenthaltserlaubnis von einem Arbeitsvertrag und gegen „Prekarität“ (immer unsichere Arbeits- und Lebensverhältnisse).“*

In diesem Jahr soll unter anderem durch den **Bezug auf parallele Aktionen in Afrika** die globale Dimension der Kämpfe betont werden. Erinnert werden soll durch die Wahl des Datums an den Sturm auf die Grenzzäune der spanischen (auf marokkanischem Territorium liegenden) Enklaven **Ceuta und Melilla** im Oktober 2005. Damals schafften zwar Hunderte Flüchtlinge und MigrantInnen den buchstäblichen Sprung nach Europa, gleichzeitig traten aber auch die unmenschlichen und repressiven Maßnahmen des europäischen Migrationsregimes mehr als deut-

mako/Mali an, das im Januar 2006 unmissverständlich zur herrschenden Migrationspolitik Stellung genommen hat: *„Im Namen der Bekämpfung „illegaler“ Einwanderung setzen Regierungen repressive Verfahren ein und weiten die Grenzen wohlhabender Nationen durch Internierungslager, Vertreibungen, Abschiebungen und Selektion von Arbeitskräften aus“*. Das WSF rief auf zu einer einjährigen internationalen Mobilisierung *„zur Verteidigung des Rechts aller Menschen darauf, sich frei in der Welt bewegen zu können und ihr Schicksal selbst zu bestimmen.“*

Der **Aufruf des ESF**, den mehr als 100 Organisationen und Einzelpersonen aus ganz Europa und Afrika unterschrieben haben, schließt sich an die Mobilisierungen vom Januar 2004 und April 2005 an, als in über 50 Städten Europas migrationsbezogene Aktionen stattfanden. Der dritte Aktionstag wird sich, so heißt es in dem Aufruf, *„gegen die Aberkennung von Rechten, gegen die Kriminalisierung von MigrantInnen und gegen alle Einwanderungskontrollen richten und klare Forderungen im Kontext von Bewegungsfreiheit und Bleiberecht stellen:*

lich zu Tage: Todesschüsse, Internierungen, Massenabschiebungen und sogar das Aussetzen mehrerer Tausend Menschen in der Wüste.

In Deutschland müssen Flüchtlinge in Lagern weitab von jeder Infrastruktur leben. Sie unterliegen der Residenzpflicht, erhalten meist keine Arbeitserlaubnis und nur reduzierte Sozialleistungen. Sie sind außerdem ständig von Abschiebung bedroht. Immer mehr Flüchtlinge und MigrantInnen sind ohne Papiere und damit nahezu ohne Rechte.

Aber es gibt auch **Widerstand** dagegen, der oft wenig bekannt wird:

- Am 16./17.11.06 findet in Nürnberg wieder eine **Innenministerkonferenz** statt. Zu diesem Anlass gibt es Aktionen mit der Forderung nach einem bedingungslosen Bleiberecht für alle geduldeten und illegalisierten Flüchtlinge.
- In **Mecklenburg-Vorpommern** haben Flüchtlinge und Menschenrechtsorganisationen die Schließung von „Dschungelheimen“ erkämpft und fordern die Verlängerung eines hart erkämpften Abschiebestopps nach Togo.
- In **Niedersachsen** gibt es seit Jahren Widerstand gegen das Abschiebelager Bramsche, und er weitet sich aus in das Lager Blankenburg, wo vom 29.9.-1.10.06 Aktionstage stattfinden
- In **Hamburg** wehren sich Flüchtlinge aus **Afghanistan** gegen ihre Abschiebung, die nach alleinstehenden Männern und kinderlosen Ehepaaren jetzt auch Hunderte von Familien mit Kindern betreffen soll. Am 2.9.06 fand eine Demo dagegen statt.
- Afrikanische Flüchtlinge wurden mehrfach zu einer **dubiosen Delegation aus Guinea** vorgeladen, die von Hamburger Behörden dafür bezahlt wurde, Abschiebepapiere auszustellen - egal, ob die Betroffenen wirklich aus Guinea oder aus einem anderen afrikanischen Land kommen. Dagegen und gegen mehrere auf europäischer Ebene koordinierte **Sammelabschiebungen**, u.a. nach Afrika, gab und gibt es Proteste.

Hamburg ist inzwischen bundesweit bekannt als **Vorreiter einer rigiden Ausgrenzungs- und Abschiebepolitik**. Als weiteren Schritt hat der Hamburger Senat beschlossen, die bisherige Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge auf dem Schiff „Bibby Altona“ zu schließen. Ab 1.10.2006 werden alle neuankommenden Flüchtlinge nach wenigen Tagen Aufenthalt in einer Anlaufstelle in der Hamburger Sportallee in das Lager Nostorf/Horst bei Boizenburg verbracht. Das Lager befindet sich weitab von jeder größeren Stadt und damit von notwendiger Infrastruktur wie Beratungsstellen, RechtsanwältInnen, Krankenhäusern etc. Nostorf/Horst ist bisher die Zentrale Aufnahmestelle des Landes Mecklenburg-Vorpommern und dient seit Sommer 2005 auch als „Landesgemeinschaftsunterkunft“ für Menschen, die nach Ansicht der Behörden „keine Bleibeperspektive“ in Deutschland haben. Es ist zu befürch-

ten, dass auch die meisten Flüchtlinge, für die Hamburg weiter zuständig ist, bis zu ihrer Abschiebung im Lager Nostorf/Horst bleiben sollen.

Mit der **Aus-Lagerung der Erstaufnahmeeinrichtung**, die bundesweit einen Präzedenzfall darstellt, machen die Hamburger Behörden besonders deutlich: Flüchtlinge sind in dieser Stadt unerwünscht und sollen möglichst weit weg – aus den Städten in die Wälder, und am liebsten ganz raus aus Europa.

Auf der Demonstration am 7.10. wollen wir zeigen, dass es auch hier Widerstand von Flüchtlingen und MigrantInnen gegen eine solche Migrationspolitik gibt und dass sie mit unserer Solidarität rechnen können, auch künftig hierher zu kommen, hier zu bleiben und unter menschenwürdigen Bedingungen zu leben.

Wir – Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen sowie antirassistische Gruppen aus Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bremen - rufen deshalb alle Menschen aus Norddeutschland auf, an der Demonstration in Hamburg teilzunehmen!

UnterstützerInnen dieses Aufrufs:

Flüchtlingsrat Hamburg, AntiLager-Gruppe Hamburg, kein mensch ist illegal Hamburg, Karawane Hamburg, Flüchtlingsrat Mecklenburg-Vorpommern, nolager-Gruppen Mecklenburg-Vorpommern, Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein, Flüchtlingsrat Niedersachsen, AntiRa-Plenum Göttingen, nolager Bremen, Hamburger Regionalgruppe der Gesellschaft für bedrohte Völker, Eine Welt Netzwerk Hamburg, Antira Plenum Oldenburg, "Dritte Welt" Informationszentrum und Laden Oldenburg ...und weitere Gruppen und Einzelpersonen

**AKTIONSTAG Do 7.9.2006 Ab 12:00h vor dem Landgericht
Dessau Treffpunkt Berlin: 8:30h S+U Friedrichstr. in Berlin.**

INITIATIVE IN GEDENKEN AN OURY JALLOH

**Wie ist es möglich, dass ein Mensch auf einem Polizeirevier verbrennt und die
Todesumstände seit bald 20 Monaten ungeklärt bleiben?**

Am 7.1. 2005 wurde Oury Jalloh von der Dessauer Polizei in "Schutzhaft" genommen, wo er in einer Gewahrsamszelle - an Händen und Füßen an Wand und Boden "fixiert" - qualvoll verbrannte. Der diensthabende Polizeihauptkommissar reagierte nicht auf die Geräusche aus der Gegensprechanlage und schaltete zweimal den Alarm des Rauchmelders aus, angeblich wegen häufiger Fehlalarme. Die offizielle Version der Polizei: Selbstmord. Oury Jalloh soll, an Händen und Füßen gefesselt, die Matratze angezündet haben - mit einem Feuerzeug, das erst nachträglich in der Asservatenliste auftaucht. Nach der Rekonstruktion soll es sich in der Hosentasche befunden haben, das der diensthabende Polizist bei der vorschriftsmäßigen Durchsuchung übersehen haben will.



Eine unabhängige ärztliche Obduktion stellt den Bruch des Nasenbeins, zerstörte Trommelfelle und weitere Verletzungen am Kopf fest - in der amtsärztlichen Obduktion tauchen diese Verletzungen nicht auf. Viele Ungereimtheiten, an deren Klärung die offiziellen Stellen offenbar wenig Interesse haben. Zwar wurde im Mai 2005 seitens der Staatsanwaltschaft Dessau Anklage gegen die zwei diensthabenden Polizisten gestellt. Der Selbstmord wird dabei allerdings nicht in Frage gestellt, sondern, ob die Polizisten den Tod Oury Jallohs hätten verhindern können. Die verantwortlichen Polizisten und der Amtsarzt sind weiterhin im Dienst.

Die einzige Möglichkeit, die offizielle Version für Oury Jallohs Tod noch einmal in Frage zu stellen, ist die Nebenklage der Eltern. Monatelang wurde die Zulassung der Anklage vom zuständigen Landgericht verschleppt. Nach über einem Jahr ist nun die Nebenklage zugelassen worden, während das Gericht angekündigt hat, nicht vor September über die Eröffnung des Hauptverfahrens entscheiden zu wollen. Es bedarf JETZT eines entschiedenen öffentlichen Drucks, damit der Prozess endlich eröffnet und mit der notwendigen kritischen Genauigkeit, Transparenz und Konsequenz durchgeführt wird.

+++++ ENGLISH VERSION BREAK THE SILENCE *INITIATIVE IN REMEMBRANCE OF

OURY JALLOH***How is it possible that a human being can lose his life in a jail cell, and the circumstances regarding his death remain a mystery twenty months later?**

On the 7th of January, 2006, Oury Jalloh was taken into 'protective detention' by the Dessau Police, where he die an excruciating death; burned alive while 'fixed' at his hands and feet to the wall and floor. The chief police inspector on-duty did not respond to the noises coming from the intercommunication system. On two separate occasions he simply turned off the fire alarm, asserting that there have been numerous false alarms. The official version of the police: Suicide. Oury Jalloh is said to have set the mattress on fire =96 tied at his hands and feets to the pallet, with a lighter that suddenly appeared on the post-edited inventory list. Following the reconstruction the lighther is supposed to have been in Oury Jalloh's pocket, overlooked by the police officer responsible for his body search.

An autopsy reveiled a broken nose, broken middle ear and other injuries to the head, none of them is mentioned in the official autopsy report. Many inconsistencies, but the official sites seem to have no intention to resolve them. On the 6th of May, 2005, the State Prosecutor of Dessau formally filed charges against two police

officers. However, the presumption of Oury Jalloh's suicide is not doubted, solely the question if the policemen could have prevented his death shall be answered in the lawsuit. The responsible police and the doctor who declared Oury Jalloh fit for detention are still carrying out their work.

The only chance to question the official version for Oury Jalloh's death would be the co-claim of the parents. The District Court delayed to accept to take on the case for months. After more than a year, the Court have authorized the admission of Oury Jalloh's parents as co-claimants, but has already announced that it will not decide until september whether or not the case will be accepted. In order to see that a trial will take place =97 including the necessary critical precision, transparency and consequences =97 resolute public pressure is needed NOW!

***CLARIFICATION, JUSTICE, RESTITUTION *ACTION DAY 7.9.2006 12:00h**

in front of the District Court Dessau *Meeting Point Berlin: 8:30h S+U Friedrichstr.

**Initiative in Gedenken an Oury Jalloh, initiative-ouryjalloh@so36.net, <http://oury-jalloh.so36.net/>*

< PREV

Geldgespräch: Die Schuldenfalle - Tiefere Ursachen und mögliche Auswege

Datum: Di, 26/09/2006 von 19:00 bis 22:00 Ort: Patriotische Gesellschaft von 1765, Trostbrücke 6, 20457 Hamburg Web Page: Patriotische Gesellschaft von 1765 - Hamburgische Gesellschaft zur Beförderung der Künste und nützlichen Gewerbe - e.V. (<http://www.patriotische-gesellschaft.de/>)

Wir möchten Sie gerne zum zweiten Geldgespräch der Patriotischen Gesellschaft von 1765 einladen. Diesmal: Die Schuldenfalle "Tiefere Ursachen und mögliche Auswege" erläutert von Prof. Bernd Senf am Dienstag, den 26. September 2006 um 19 Uhr im Reimarus Saal der Patriotischen Gesellschaft von 1765, Trostbrücke 6, 20457 Hamburg, U/S Jungfernstieg/Rathaus. über Geld spricht man nicht!" - so haben wir es gelernt. Aber gerade dieses Motto verhindert, dass wir über das Wesen und die Wirkung des Geldes nachdenken. Dabei wissen wir doch alle: Geld regiert die Welt. Arbeitsplätze, Kindergärten, Schulen, Renten, Gesundheitssystem - alle diese politischen Handlungsfelder sind in die "Geldklemme" geraten - und ein Ausweg ist nicht in Sicht. Daher meinen wir, dass es an der Zeit ist, über Geld zu reden. Wir müssen verstehen, was Geld ist, wie es genutzt wird, und dass es auch zum Schaden einer Volkswirtschaft missbraucht werden kann. Wir wollen einen Diskussionsprozess darüber initiieren, wie ein Geldsystem gestaltet sein muss, damit es Mensch und Wirtschaft nachhaltig befördert und nicht stranguliert. Nach dem großen Zuspruch zum Vortrag von Herrn Prof. Dr. Berger im Juni, setzen wir die Reihe Geldgespräche diesmal im Reimarus-Saal fort. Wir wenden uns damit in unregelmäßiger Folge an Wirtschaftsfachleute und interessierte Laien um unterschiedliche Aspekte unseres Geldsystems zu beleuchten. Unser diesmaliger Gast, Prof. Bernd Senf, geboren 1944, lehrt seit 1973 als Professor für Volkswirtschaftslehre an der Fachhochschule für Wirtschaft Berlin. Ein Schwerpunkt seiner Arbeit liegt in der allgemeinverständlichen und lebendigen Vermittlung komplexer wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Zusammenhänge. Sein besonderes Interesse gilt einem tieferen Verständnis lebendiger Prozesse und ihrem Verhältnis zur herrschenden Wissenschaft, ökonomie, Technologie und Moral.



Wir bitten um Anmeldung bei der Patriotischen Gesellschaft von 1765, Telefon 040/366619, Fax 040/378094 oder info@patriotische-gesellschaft.de



Polittbuero, Montag, 25. September, Steindamm
45 Kartentelefon: 28055467

"Ein Fest für Boris Vian"

Saisonauftritt der Vers- und
Kaderschmiede!

Fünfzehn Künstler feiern Boris Vian - und zwar:





rauschend. HENNING VENSKE demonstriert die bitterböse sarkastische Ader Vians; ROCKO SCHAMONI und JACQUES PALMINGER (STUDIO BRAUN) inszenieren eine absurde



Kurzgeschichte des Schriftstellers; SARAH POLITT und ihre Band haben drei politische Songs neu vertont; RAINER SELL und seine Jazz-Formation gehen in die Keller von Paris im Jahre 1950; THE DANCE INC. hat lyrische Arbeiten mit eigener Komposition versehen; ANDREA BONGERS wandelt auf den schmalen Grad zwischen Chanson und Schlager; THOMAS EBERMANN berichtet über Erfolge und Flops im Leben Vians. Bitte rechtzeitig reservieren. Der Abend ist einmalig - unwiederholbar. Boris Vian - wenn man sagt, er habe viel gemacht in seinem kurzen Leben, dann untertreibt man. Jazz-Trompeter war er, die Größen des amerikanischen Jazz traten bei ihm in Paris auf. Romane hat er geschrieben. Bühnenautor war er, Libretti für die Oper hat er verfaßt, Chansons und Plots für Kinofilme. Filmschauspieler war er und Maler und Kabarettist und Kolumnist in Satres "Temps Modernes". Verurteilt wurde er wegen Wehrkraftzersetzung. War er ein Linker? "Den Anhängern des absurden Theaters war Vian zu = politisch, den Parteigängern des politischen Theaters dagegen viel zu verspielt." Eine, die ihn wirklich gut kannte, Simone de Beauvoir, schrieb über ihn: "Vians Abscheu vor den Scheusalen war ebenso glühend wie seine Liebe zu dem, was ihm am Herzen lag."

Herzliche Grueße Thomas Ebermann _____ Polittbuero Vers- und Kaderschmiede Steindamm 45 20095 Hamburg Phone: +49-(0)40-28055467 web: www.polittbuero.de

Werbung für den G8 Gipfel



Freitag Nr. 16 11.04.2003

Michael Jäger Katzen auf Mauervorsprüngen

RUSSLANDDEUTSCHE

Ulla Lachauer beschreibt eine moderne Odyssee Ein Sachbuch über die Repatriierung von Russlanddeutschen - wen interessiert das?



Sogar die Betroffenen lassen sich nicht immer gern an ihre Irrfahrt durchs 20. Jahrhundert erinnern. Als sie noch Bücher über Deutsche aus Ostpreußen schrieb, standen Ulla Lachauer alle Türen offen; ihr jüngstes Projekt kam nur mühsam voran. Dabei ist es besonders geeignet, Verständnis für Schicksale von Deutschen zu wecken. Denn den Russlanddeutschen kann niemand vorwerfen, sie hätten auch nur indirekt an der Vorbereitung oder Durchführung der Naziverbrechen mitgewirkt.

Das schützte sie freilich nicht vor Repressalien von Seiten der Sowjetbehörden während des Hitler-Krieges. Womit auch schon die Frage beantwortet ist, ob das überhaupt Deutsche sind, diese Menschen, die oft nicht einmal deutsch sprachen, bevor sie nach Deutschland einreisten. Haben wir uns nicht geärgert, als Helmut Kohl sie den Asylbewerbern aus aller Herren Länder vorzog? Aber selbst wenn sie nicht Deutsche hätten sein wollen, es wäre ihnen doch zugeschrieben worden. Es hätte in jedem Fall ihr Schicksal in der Sowjetunion bestimmt.

Ob sie deshalb die Bevorzugung verdienen, ist nicht die Frage Ulla Lachauers. Ihre Faszination gilt der exemplarischen Irrfahrt dieser Menschen. Dass es Russlanddeutsche sind, erleichtert vor allem unseren Zugang - da spielt die Nationalsprache eine Rolle -, ansonsten erfahren wir eher etwas über Weltreisen, das Verlassen von Orten und das Verschwinden von Heimatgefühl. Rita Pauls, die Hauptperson, hatte noch als Zwanzigjährige in Karaganda, Kasachstan, gelebt. Sie wollte so wenig ausreisen wie ihre russische Mutter. Aber im größten Teil der überwiegend deutschen Familie

kam 1989 eine Ausreisedynamik in Gang, die durch nichts aufzuhalten war. Wer weiß, ob Rita sich nicht noch heute eher als Russin denn als Deutsche fühlt. Ihre beste Freundin musste sie in Karaganda zurücklassen. Trotzdem würde sie jetzt nicht mehr zurückkehren. Denn derselbe historische Ereignis-Schub, der die Familie Pauls nach Deutschland spülte, obwohl es ihr in Karaganda eigentlich besser ging - nicht materiell, aber sozial: Ritas Vater Heinrich stand als Kranführer in hohem Ansehen; in Deutschland konnte er nur einen Gabelstaplerjob ergattern und wurde bald arbeitslos -, derselbe Schub bewirkte im weiteren Verlauf den Niedergang Karagandas, das heute einer verlassenen Goldgräberstadt ähnelt.

Heute würden die meisten gern auswandern. Den Deutschen ist es gelungen, aber eben vor Jahren, als sie von dem Niedergang, dem sie glücklich entkamen, nichts ahnen konnten. So spielte das Deutschsein eine Rolle. Der zeitgenössische deutsche Roman über derartige Globalisierungs-Schicksale ist bislang vergeblich gefordert worden. Aber Ulla Lachauers Sachbuch hat etwas von einem Roman. Wie der Ulysses von Joyce ist es mit der Frage konfrontiert, welche Formen heutzutage eine Odyssee annimmt.

Und erneut bewähren sich die ganz unmodernen Entschleunigungsmittel. Während sich Bloom, der Romanheld von Joyce, unbewusst an unsichtbaren homerischen Fäden durch die moderne Großstadt hangeln darf, haben die Pauls sich aus dem letztlich verwandten Grund zurechtgefunden - ob im Chaos der Zwangsverschleppung nach Kasachstan oder im Übergang von Stalin zu Breschnew -, dass sie Mennoniten waren und blieben. Das mag man schwach finden, aber was hatten sie denn sonst? Mit der Lehre vom Land der Arbeiter und Bauern konnten sie sich nicht interpretieren, so wenig wie Bloom irgendeine Soziologie der Individualisierung geholfen hätte. Sie waren zwar Bauern und wurden Arbeiter, und es gab, auch in ihrem Namen, Fünfjahrespläne. Einer sah vor, dass Karaganda ein Zentrum der Kohleförderung werden sollte. Die Pauls wussten aber gar nichts davon. Ritas Großeltern hatten keinen

blassen Schimmer, weshalb man sie nun plötzlich in Viehwaggonen steckte und irgendwo auf der Steppe absetzte, wo sie, es war Spätherbst, was sollten sie machen, schnell Erdhöhlen buddelten und sich der Wölfe erwehren.

So begann eine der ruhmreichen Taten der Sowjetunion, eben die Gründung der Stadt Karaganda. Sie wurde tatsächlich «aus dem Boden gestampft». Ebenso waren die Pauls vorher ohne Chance gewesen, im Kampf gegen die «Kulaken», zu denen sie plötzlich geworden waren, ähnlich wie bei Kafka jemand unerwartet als Käfer aufwacht, irgendetwas zu begreifen.

Die Vorfahren waren um 1800 dem Ruf der deutschen Zarin Katharina gefolgt, deutsche Bauern sollten sich in Russland ansiedeln. Viele hatten Grund, das zu tun, die Mennoniten zum Beispiel deshalb, weil ihnen in Russland die Kriegsdienstverweigerung gestattet war. Die Pauls hatten in der Wolgarepublik ein Mennoniten-Dorf mit dem schönen Namen «Lysanderhö» bezogen. Da alle fleißig arbeiteten, wurde es eine blühende Landschaft. Dann schickte man sie in die Steppe. In Karaganda gaben sie einmal einem Deutschen, den sie für einen Bettler hielten, eine Suppe. Leider war Krieg, und sie hatten sich nicht gefragt, ob das nicht ein entlaufener deutscher Soldat sein konnte. Es war einer, verkleidet in Zivil. Ritas Großvater verschwand deshalb im Gulag.

Und sie selbst begriff auch nichts. Sie hatte eine schöne Jugendzeit in der Breschnew-ära, diskutierte mit der Freundin über Ufos und sah keinen Zusammenhang zwischen gewissen stadttypischen Krankheiten und dem nahe gelegenen Weltraumbahnhof Baikonur. Von den Umständen der Gründung ihrer Stadt erfuhr sie schon gar nichts, ihre Eltern wollten es ihr ersparen. «Bei fast jeder Tiefbaumaßnahme wühlen die Brigaden Knochen heraus», ein paar Jahre, bevor sie geboren wird - dennoch: keine Vergangenheitsbewältigung. Erst Ulla Lachauer klärte sie auf. Da lebte sie schon in Deutschland und bewegte sich in neuen Rätseln.

All diese Menschen durchschauten die eigenen Lebensumstände nicht und waren ihnen doch nicht wehrlos ausgeliefert. Sie konnten sich einrichten wie Katzen auf Mauervorsprüngen. Von Ulla Lachauer erfahren wir, was ihnen half. Erstens waren sie Bauern. Nicht Melker oder Traktoristen, sondern Bauern, die noch alle Grundtätigkeiten beherrschten, so dass sie einen Boden ohne fremde Hilfe bezwingen konnten. Zweitens legten sie sich eine Deutung der Umstände in ihren Bibelstunden zurecht. So klug wie wir, die wir ja natürlich genau wissen, wozu die Menschheit Weltraumbahnhöfe braucht oder warum «Kulaken» verjagt werden müssen, waren sie zwar nicht. Aber so ging es eben auch, mit ein und derselben Bibel, die Jahrhunderte lang zwischen Westpreußen, Lysanderhö, Karaganda und Kehl bei Straßburg kursierte. Und dann spielt drittens auch das Deutschsein eine Rolle. In Karaganda, wo Ritas Vater aufwuchs, gab es zwar keine deutschen Institutionen wie in der Wolgarepublik, aber er wurde von der Großmutter erzogen, während die Mutter aushäusig arbeitete, und so lernte er nicht nur den Weihnachtsmann und den Osterhasen, sondern auch Grimms Märchen und Johann Peter Hebels Rheinischen Hausfreund kennen. In Kehl beim Sprachkurs prallen die Welten aufeinander.

«Horch, Ulla, unser Deutsch war ja, na ja. Also, wir sollten nicht sagen du sollst!, das wäre heute nicht angebracht, bei Kindern mit erhobenem Zeigefinger und überhaupt, besser ist du solltest! Da hab ich gefragt, ob es denn auch heißt, du solltest nicht töten!» Für Ulla Lachauer werden Ritas Sprachirrtümer zu Leitmotiven: Tierzüchtigung statt -züchtung, Schicksäle statt Schicksale. «So viele Schicksäle», dachte ich, in Gedanken Ritas Ausspruch zitierend. Das Leben ist ein Saal, in den man geschickt wird, das Geschick ist ein Raum. Und wenn man zu einem fremden Leben Zugang haben möchte, muss man eine Tür öffnen oder eine Wand einreißen.» Lachauer öffnet sie so behutsam wie entschlossen und fährt Ritas Verwandten bis Kanada nach. Sie arbeitet in Archiven, befragt weitere Zeitzeugen. Es wird ihre eigene Irrfahrt. In dem, was ihr die Russlanddeutschen erzählen, «treibt» sie «wie in einem Strudel». «Auf einmal, wie aus dem Nichts, taucht Heinrich Pauls auf, ein »Plattdeutscher«. Im nächsten Satz schon ist Maria mit ihm verheiratet, im übernächsten haben sie zwei Kinder, Leni und Heinrich, irgendwo in einer überfüllten Baracke im Sowchos »18. Parteitag.«»

Sätze, über Abgründe gelegt, dennoch schwindelfrei. Sie bezeugen eine Kraft. Der Wüterich, der Odysseus am Weiterfahren hindern könnte, scheint noch nicht geboren zu sein.

Ulla Lachauer, Ritas Leute. Eine deutsch-russische Familiengeschichte. Briefe, Tagebücher, Biographien. Rowohlt, Reinbek bei Hamburg 2002, 432 S., 19,90 EUR

Rita stammt aus Kasachstan und ist erst 1989 mit ihrer Familie nach Deutschland gekommen. Die Pauls' gehören zu den mittlerweile zwei Millionen Russland-Aussiedlern. Ein Zufall führt die 19-jährige Rita mit der Autorin und Filmemacherin Ulla Lachauer zusammen. Sie beschließen irgendwann, die Geschichte von »Ritas Leuten« zu erforschen.

ULLA LACHAUER: Immer wenn Rita von ihrer Familie erzählt hat, merkte ich: Ich höre sehr gerne zu. Es war nicht das Politische, was mich anzog, sondern die persönlichen Dinge: Der Vater ein Kranführer, die Mutter eine russische Schönheit mit einem Buckel. Irgendwie hat Rita mit ihren Erzählungen kleine Lichter in meinem Kopf entzündet.

RITA PAULS: Und ich dachte: Wieso fragt diese Deutsche mich immer nach meiner Familie? Ist es Höflichkeit oder wirkliches Interesse?

ULLA LACHAUER: Ich glaube, dass ich mich durch die Berührung mit Ritas Welt, in der es so ganz anders zugeht als in meiner, verändert habe. Verändert hat sich auch meine Alltagswahrnehmung. Wann immer ich in der Stadt unterwegs bin, erkenne ich Russlanddeutsche spätestens auf den zweiten Blick.

RITA PAULS: Ich erkenne meine Landsleute sofort, Männer wie Frauen. Es ist dieser besondere Blick, in dem etwas von Zurückhaltung und Verlorenheit liegt. Die jüngeren Frauen manchmal überelegant, die Männer eher dörflich, mit ihren alten Anzügen. An ihnen siehst du die Spuren von Wind und Wetter.

ULLA LACHAUER: Das Verhängnis von Ritas Großvater war, dass er einem deutschen Kriegsgefangenen geholfen hat. Das ist die Schlüsselgeschichte in Ritas Familie – dadurch kamen die Großtante und der Großvater ins Lager. Sie hat überlebt, er ist verhungert. Bis heute hoffen wir, dass sich dieser junge Mann von damals noch meldet – oder jemand aus seiner Familie

RITA PAULS: Ich selbst fühle mich heute nicht mehr zerrissen zwischen Kasachstan und Deutschland. Heute weiß ich: Ich gehöre hierher. Nicht unbedingt nach Deutschland, aber nach Europa. Es war eine richtige Entscheidung meines Vaters war, Kasachstan zu verlassen. Für mich ist das Wichtigste: Ich kann später meinen Kindern etwas vorlesen, wenn sie fragen, woher wir kommen, weshalb wir hier leben. Mit diesem Buch haben wir unsere Familiengeschichte wiederentdeckt, und das ist ein großes Glück.

Heimatverräter(3)

Ostpreußen und Heimat Heimatverzicht = Heimatverrat!

Eine Dokumentation der Heimatverräter

Frau Ulla Lachauer (U.L.) Vorbemerkung: U.L. ist eine BRD-Beauftragte zur Verbreitung verzichtlerischer Gesinnungen und zur Beeinflussung der ostdeutschen Heimatvertriebenen zum Heimatverzicht. Sie ist also eine aktive Agitatorin für das Pro Heimatverzicht und führt in diesem Rahmen diverse Auftragsarbeiten durch, die eindeutig gegen die Interessen der Vertreibungsoffer gerichtet sind. Ulla Lachauer, geboren 1951 in Ahlen/Westfalen. Studium der Geschichte, Philosophie und Politikwissenschaft in Gießen und Berlin. Arbeitet als freie Journalistin und Filmemacherin.

Achtung!!! (U.L.) ist eine aktive Agitatorin für das Pro Heimatverzicht Die Schlussfolgerung von Frau Ulla Lachauer: „Für Deutschland (Vertreibungsoffer) die Geschichte und Für Russland die geraubte Heimat Ostpreußen“ Anmerkungen: Frau Ulla Lachauer (U.L.) gehört zum Kreis jener Bundesbürger, die kein Nationalwertgefühl mehr haben und die deshalb ohne Rücksicht auf die nationale Würde aller Deutschen auch leichtfertig für den Heimatverzicht östlich der Oder-Neiße eintreten.

Der Beweis zu dieser Feststellung ergibt sich aus den Buch "Land der vielen Himmel". Im Vorspann ihres Buches sagt Frau U.L. selbst, dass sie ein großes Missvergnügen an Deutschland verspürt! Die eigene Heimat der Memelländer wird von Frau U.L. als "Westlitauen" oder auch als "Kleinlitauen" bezeichnet und Deutschlands Memelländer nennt sie "eingedeutschte Litauer"! Nach Meinung der Frau U.L. seien die Memelländer unnötig mit erzwungenem Deutschunterricht gequält worden. Zitate:

"Auch Memel war von den Identitätsproblemen des bäuerlichen Hinterlandes nicht ausgenommen. Denn ganz so deutsch, wie oft behauptet wird, war es nicht." Und an einer anderen Stelle heißt es: "Jetzt (...) gibt es nichts mehr wiederzuerwecken. (...) Die historische Zeit des Memellandes, (...), läuft unwiderruflich ab." Eine Erklärung dafür, warum der Memelländische Volksstamm aus der eigenen Heimat vor den eingedrungenen Litauern geflohen ist, wird nicht gegeben.

Statt dessen sind die Sorgen für Frau U.L. um das Schicksal jüdischer Bürger in der Memelländischen Heimat weit größer als die Existenzberechtigung der Memelländer in der eigenen Heimat! Achtung! Die von BRD-Stellen finanzierten Auftragsarbeiten der Frau Ulla Lachauer sind Wühlarbeiten, Geschichtsfälschungen und Gehirnwäsche Pro Heimatverzicht.

„*Heimat-Tage*“ = *Ein Herz und eine Seele?* Der Hörfunk-Preis ging an die 43 Jahre alte Autorin Ulla Lachauer aus Mannheim, deren Sendung „Neinmersdorf, 21. Oktober 1944. Das Sprechen und das Schweigen über die Vertreibungsverbrechen“ vom Deutschlandfunk, jetzt Deutschlahradio, ausgestrahlt wurde.

Ulla Lachauer arbeitet auch für das Fernsehen und tat sich dabei etwa mit einer Reportage über das Trakehner-Gestüt in Ostpreußen

hervor. Meinungsspektrum der Frau Ulla Lachauer (U.L.)

- Nordostpreußen = Russlands Westen! (nach Ulla Lachauer)
- Besatzungsmacht = Heimatlose russische Offiziere! (n. U.L.)
- Heimatverzicht = Schutz für Deutschlands Ruf in Amerika und Israel! (n. U.L.)
- Ex-BRD plus Ex-DDR = Wiedervereinigtes Deutschland! (n. U.L.)
- Generallinie für Ostpreußen = Besitzwahrung der Slawen und Litauer! (n. U.L.)
- Ostpreußen = Kein Thema für die Orientierung der BRD-Regierung! (n. U.L.)
- Heimatpreisgabe = Störungsfreie Beziehung zu Russland! (n. U.L.)
- Heimatfunktionäre = Sie respektieren Russlands Souveränität in Nordostpreußen! (n. U.L.)
- Russlanddeutsche = Einsickernde Siedler in Nordostpreußen! (n. U.L.)
- Hilfsgüterleistungen an Russlanddeutsche = Vanbanquespiel ohne Kontrolle! (n. U.L.)
- BRD-Konsulat in Königsberg = Anerkennung russischer Tatsachen! (n. U.L.)
- Kant-Denkmal = Reimport deutschen Geisteslebens! (n. U.L.)
- Fremdkulturimport der Russen = Beziehung als Höflichkeit, Versöhnung, Vernunft! (n. U.L.)
- Heimattourismus = Traurigkeit der Vertriebenen und ihre Hilfeleistungen! (n. U.L.)
- Hilfsgüterlieferungen = Mangel an Selbstdistanz der Vertriebenen! (n. U.L.)
- Preußens Osten = Russlands Westen! (n.u.L.)
- Fremdlinge in Nordostpreußen = Identitätsloses Vielvölkergemisch! (n.U.L.)
- Neusiedler in Nordostpreußen = Einwanderungsgesellschaft pragmatischer Gesinnung! (n.U.L.)
- Konturlosigkeit der Eindringlinge = Schweres Erbe der Neusiedler! (n. U.L.)
- Geborene in Nordostpreußen = Sie durchleben den Prozess der Selbstethnisierung! (n. U.L.)
- Aufstellung deutscher Denkmäler = Bekundung der Ortsverbundenheit und des Lokalpatriotismus der eingedrungenen Neusiedler in der geraubten Heimat! (n. U.L.)
- Christliche Denkmäler = Keine Geistesverwandtschaft oder Frömmigkeit der Slawen! (n. U.L.)
- Kaliningradsckaja Oblast = Eher ein Irrenhaus als eine Republik! (n. U.L.)
- Europa = Kein Ersatz für die Identität der Neusiedler in Nordostpreußen! (n. U.L.)
- Westeuropa = Schwächung der kulturellen Bindungen zu Mutterland (GUS)! (n. U.L.)
- (Zusammengestellt von K.-H. Wrs.)

Leseprobe aus Ritas Leute



© 2002 Rowohlt Verlag GmbH, Reinbe

Aus der Dithmarscher Landeszeitung vom 28.08.2006: Brandsatz gezündet
Brunsbüttel (jl) Ein verkohltes und gerissenes Fenster an dem griechischen
Restaurant in der Koogstraße/Ecke Scholerstraße war am Freitag gegen 6 Uhr
morgens Bauarbeitern aufgefallen. Wie die Kriminalpolizei gestern mitteilte,
hatten Unbekannte nächtens an dem Kunststoffrahmen des Fensters eine
Gasflasche mit brennbarer Flüssigkeit angebracht und angezündet. Dadurch
wurde die Gebäudefassade geschwärzt und das Fenster beschädigt. Die
Flammen waren dann allerdings später von allein wieder ausgegangen, so die
Polizei. Neben dem Fenster hatten die Täter Hakenkreuze aufgemalt. Eine
Anwohnerin hörte in der besagten Nacht gegen 1 Uhr in der Nähe des
Tatortes Stimmen, dachte sich aber nichts dabei. Die Kripo hofft nun auf
Zeugen der Tat. Hinweise bitte an die Brunsbütteler Polizei oder an die
Bezirkskriminalinspektion Itzehoe unter Tel. 0 48 21/60 20. Pressemitteilung
der Polizei:



http://www.presseportal.de/polizeipresse/p_story.htx?nr=865708&firmaid=29305&keygroup=



Bilder vom G8- Gipfel, Moskau

< PREV

Veranstaltungen des Vereins der Verfolgten des Nazi- Regimes/ Bund der Antifaschisten VVN/BdA

Sonntag, 20. August, Dammtorstraße 30 a, 17.00 Uhr

Täter - Opfer - Widerstand: Antifa-Filmreihe im "Metropolis",

60 Jahre nach der militärischen Zerschlagung des Hitler- Faschismus stellt die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN-BdA) in Zusammenarbeit mit dem Metropoliskino in Dokumentar- und Spielfilmen verschiedene Aspekte von Faschismus, Verfolgung und Widerstand vor und verfolgen Linien bis in die Gegenwart. Wahlerfolge und organisatorische Stärkung der NPD fordern zu Auseinandersetzungen auf.

"Franco und Salazar - Die iberischen Faschisten" Die Regime von Francisco Franco und Antonio de Oliveira Salazar waren während der langjährigen Herrschaft der beiden Diktatoren eng miteinander verflochten. Die Dokumentation von Joaquin Vieira & Fernanda Bizarro (Portugal 2004) verfolgt die historische Entwicklung Spaniens und Portugals sowie die internationalen Aspekte der Diktaturen beider Länder vom Ende der 20er Jahre bis zu Francos und Salazars Tod in den 70er Jahren.



Weitere Filme der Reihe (alle Vorstellungen finden am letzten Sonntag eines Monats um 17.00 Uhr statt):
17. September: "Die Cousins", R. Ackermann, C. Lehmann, T. Plenert, 29. Oktober: "Shoah", 1. + 2. Teil von Claude Lanzmann, 26. November: "Shoah", 3. + 4. Teil von Claude Lanzmann

Dienstag, 29. August, 17.00 Uhr, Ahrensburger Str. 162

Das KZ im Herzen Wandsbeks

Gedenkfeier am Dienstag, den 29. August in der Wohnanlage ‚An der Rahlau‘ (Einfahrt Futterhaus). Der Freundeskreis KZ-Gedenkstätte Neuengamme erinnert an den 62. Todestag von Raja und an die anderen Opfer der nationalsozialistischen Konzentrationslager.

In Wandsbek gibt es seit einigen Jahren die Wohnsiedlung ‚An der Rahlau‘. Sie liegt sehr idyllisch direkt an der Wandse und dem Eichtalpark. Doch hier sah es nicht immer so friedvoll und freundlich aus. Von Juni 1944 bis Mai 1945 befand sich hier das Außenlager Wandsbek des KZ- Neuengamme. Drei kleine Tafeln erinnern: über 500 Frauen mussten hier unter Aufsicht der SS Gasmasken für das Lübecker Drägerwerk herstellen. Die Nationalsozialisten hatten gegen Ende des Krieges erwogen, Giftgas gegen andere Völker einzusetzen. Um die eigene Bevölkerung zu schützen, ließen sie massenweise Schutzmasken herstellen. Die weiblichen Häftlinge mussten bei schlechter Ernährung jeden Tag 12 Stunden schwerste Arbeit leisten. Als Anfang August 1944 das russische Mädchen Raja Ilinauk eine schwere Gussform fallen ließ, wurde ihr von der SS Sabotage unterstellt. Am 29. August wurde sie ‚zur Abschreckung‘ im Lager aufgehängt. Die

Nationalsozialisten wollten die Erinnerung an ihre Taten und ihre Opfer vergessen machen.
Wir geben den Verfolgten ihren Namen und ihre Geschichte wieder.
Wir erinnern, um für die Gegenwart und Zukunft zu lernen.
Bitte bringen Sie eine Rose mit.

27. August bis 19. Oktober

Informations- und Veranstaltungsreihe: Gegen rechte Normalität - Neonazis entgegen treten!

Das Beharren der schwarz-grünen Bezirkskoalition die Ausstellung: ‚Rechte Jugendkulturen - zwischen Lifestyle, Cliques und Partei‘ am 8. Mai (Tag der Befreiung) vom Harburger Rathaus fern zu halten, hat die DGB-Jugend angestachelt weitere Bezirksvertretungen anzusprechen. Das Ergebnis: Die Ausstellung wird jetzt zusammen mit begleitenden Veranstaltungen in drei weiteren Bezirken gezeigt.

Mittwoch, 27.9., 19.00 Uhr, Referent: Manuel Butt

Strukturen der Rechten Szene in Hamburg-Nord

Manuel Butt, aktiv im Hamburger Bündnis gegen Rechts, informiert über Aktivitäten, Strukturen und die Politik von Neonazis im Bezirk Hamburg-Nord. Die Ausstellung ist zwischen dem 25. - 29. September im Foyer Bezirksamt, Kümmellstraße 7, Öffnungszeiten: 8-19 Uhr zu sehen.

Donnerstag, 05.10., 18.30 Uhr, Referent: Felix Krebs

Strukturen der Rechten Szene in Eimsbüttel

In diesem Sommer führte die rechtsextreme NPD mehrere provokative Aufmärsche und Infotische im Herzen Eimsbüttels durch. Unser Referent, der Publizist Felix Krebs vom Hamburger Bündnis gegen Rechts informiert über Die Hintergründe und die Organisationsstrukturen der Rechtsextremisten im Bezirk. Die Ausstellung ist zwischen dem 2. - 6. Oktober (3.10. geschlossen) im Foyer Bezirksamt Eimsbüttel, Grindelberg 66, 8-19 Uhr zu sehen.

*Freitag, 06.10., 18.30 Uhr, Referentin:
Anne Rieger*

"Nazis machen auf sozial - Neue Braune Demagogie"

Neonazis präsentieren sich als "Globalisierungsgegner", "Antikapitalisten" und "Kämpfer für Arbeitsplätze". Sie



ALLES LÜGE
FASCHISTEN MACHEN AUF SOZIAL

versuchen, sich an Demonstrationen gegen "Hartz IV" oder gegen den Irakkrieg zu beteiligen. Die Taktik der Nazis hat sich geändert. Ihre Ziele aber nicht. Anne Rieger von der IG Metall und Landessprecherin der VVN/BdA in Baden-Württemberg ist Expertin auf diesem Gebiet. Sie informiert über die veränderte Taktik, das neue Gesicht und die historischen Parallelen der Nazidemagogie. Die Ausstellung ist zwischen dem 2. - 6. Oktober (3.10. geschlossen) im Foyer Bezirksamt Eimsbüttel, Grindelberg 66, 8-19 Uhr zu sehen.

*Donnerstag, 19.10.06, 19 Uhr, Referentin:
Anna Tiegelmann*

Strukturen der Rechten Szene in Wandsbek

Die Neonazi- und Skinheadszenen in Bramfeld ist der größte aktionistisch orientierte Zusammenschluss von Rechtsextremisten in Hamburg. Anna Tiegelmann vom Hamburger Bündnis gegen Rechts informiert über die Struktur dieser und anderer Gruppen in Wandsbek und darüber, welche Gefahr von ihnen ausgeht. Die Ausstellung ist zwischen dem 9. - 13. Oktober im Foyer Bezirksamt Wandsbek, Schloßstraße 60 zu sehen. Öffnungszeiten: Mo-Mi 8-16 Uhr, Do 8-18 Uhr, Freitag 8 -14 Uhr

Führungen

durch die Ausstellung in allen Bezirken: Täglich 9.30 Uhr und 14.30 Uhr, Dauer: ca. 30 Minuten. Die Ausstellung will den Blick für die Auseinandersetzung mit den Erscheinungsformen des Rechtsextremismus schärfen. Stilmittel und Alltagskultur rechter Jugendlicher in der Bundesrepublik sind dokumentiert: Mode, Musik, Symbole, Codes und szenetypische Medien. Organisationsstrukturen, wie die so genannten Kameradschaften, die eine Mischung aus Politik und Freizeitgestaltung bieten, werden ebenso dargestellt, wie die Strategien rechtsextremer Parteien und Organisationen (Stichworte: Kulturelle Vormachtstellung und "National befreite Zonen"). Die Ausstellung zeigt auch, wie Rechtsextremisten versuchen Jugendliche zu ködern und zu beeinflussen.

Begleitende Seminare

für Schulklassen und Jugendgruppen. In einem 4- tündigen Seminar sollen die Lebenswelt und die Funktionsweisen rechtsextremer Orientierungen aufgezeigt und demaskiert werden. Wir beschäftigen uns mit Inhalten und Wertvorstellungen der Rechten Jugendkultur, die unter anderem durch Verwendung von Codes, Symbolen und rechter Musik ihren Ausdruck findet. Wir setzen an den Erfahrungen der



Jugendlichen mit Rechtsextremismus an. Darauf aufbauend, können Unterschiedliche Themen vertieft werden, zum Beispiel: Alltagsrassismus, Gegenstrategien, Flüchtlingspolitik oder neuer Nationalismus. Die Seminare finden täglich von 10:00 bis 14:00 statt und werden von zwei erfahrenen Teamer/innen der DGB-Jugend Hamburg geleitet. Bei Interesse kontaktieren Sie bitte: Ulrike Pusch, DGB-Jugend Hamburg, dgb-tagesseminare@gmx.de Tel: 0162/ 5165684 (Anmeldeschluss ist der 08.09. 2006)

20. September

Film: France Bloch-Serazin, "Auf den Spuren einer mutigen Frau"

18.30 Uhr, Ziviljustizgebäude, Sievekingplatz 1 (Grundbuchhalle).



Veranstalter: Metabase e.V., Gesellschaft für operative Kunst, Attac-Hamburg, Rosa-Luxemburg-Bildungswerk. Unterstützt wird die Veranstaltung durch die Jüdische Gemeinde Hamburg und die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes VVN-BdA. Das Institut Francaise unterstützt im Rahmen der "Exiltage" im September u.a. über deutsch-französische Schriftsteller in Verbindung mit der Partnerstadt Hamburg Marseille, diese Film-Vorführung in Form eines Beitrages im Programmheft des Institut Francaise zur Veranstaltung und begrüßt über den Direktor Jean Pierre Tutin diesen Akt der Aufklärung.

Die Regisseurin Loretta Walz folgte aufgrund des Buches von Hans Zorn den dem Lebensweg einer von der französischen Resistance und der französischen Linken verehrten und geliebten Frau. Im engagierten Kampf der Resistance gegen die NS-Okkupation und das kolaborierende Petain-Regime. Die ehemalige Schülerin der Physikerin und Nobelpreisträgerin Marie Curie France Bloch war ein unverzichtbares Glied der französischen Resistance. Der Film "Auf den Spuren einer mutigen Frau", nach dem Drehbuch von Hans und Gerda Zorn, lässt den Erinnerungen der Weggefährten von France Bloch breiten Raum. Nach Ihrer Verhaftung und Verurteilung 1943 in Paris wurde France Bloch-Serazin in eine sogenannten "Nacht und Nebel-Aktion" über das Frauengefängnis Lübeck-Lauerhof nach Hamburg ins Untersuchungsgefängnis Holstenglacis, zur Vollstreckung ihres Todesurteils nach Hamburg verbracht. Im Rahmen einer vorangegangenen Auftaktlesung die im "Attac-Cafe" mit Gerda Zorn stattfand, wird nun die filmische Dokumentation über das Leben von France, die Kunst und Kultur ihrer Familie, des Schriftsteller-Umfeldes, die Widerstandsarbeit wie angekündigt in der Grundbuchhalle des Justizpalastes, unweit vom Gefängnishof ihrer Hinrichtung gezeigt und besprochen werden.

- Links
- http://www.metasynapse.de/stange/projekte/Album3/France_Bloch.html
- http://exil-archiv.de/html/biografien/index_biografien.htm
- <http://www.metasynapse.de/stange/projekte/Album3/index.html>
- http://exil-archiv.de/html/biografien/index_biografien.htm